



LUXEMBURGS BEITRAG ZUM GREEN CLIMATE FUND
LE CERCLE DE COOPÉRATION FAIT PEAU NEUVE
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE DEBATTE:
MINISTER SCHNEIDER WILL MEHR EFFIZIENZ
SOULÈVEMENT POPULAIRE SANS PRÉCÉDENT AU BURKINA FASO
DIE GLOBALE INFRASTRUKTURINITIATIVE: SEGEN ODER FLUCH?



Édité par:

Action Solidarité Tiers Monde
55, avenue de la Liberté
L-1931 Luxembourg
Tél: 400 427-20
Fax: 400 427-27
e-mail: bpn@astm.lu
web: www.astm.lu

Responsable de la rédaction:

Marc Keup

Ont participé à ce numéro:

Christine Dahm, Jean Feyder,
Flavia Fumagalli, Dietmar Mirkes,
Jacqueline Rippert, Catherine Scheer,
Charel Schiltz, Rainer Werning, ea.

Photo de couverture:

Coopération luxembourgeoise

Impression:

CA-Press Esch/Alzette.

Abonnements:

Jeanne Pfeffer
Tél: 400 427-63
e-mail: jeanne.pfeffer@astm.lu

Vous pouvez vous abonner à la revue Brennpunkt en versant 15 EUR (au Luxembourg) ou 25 EUR (à l'étranger) sur le compte CCP LU 71 1111 0102 3550 0000 (BIC : CCPLLULL) avec mention „abo bp3w“ en n'oubliant pas votre nom et adresse complète. Cet abonnement vous donne droit à 8 numéros. Le Brennpunkt Drëtt Welt apparaît 5 fois par an.

Reproduction/Nachdruck

La reproduction des articles est autorisée à condition que la source soit mentionnée. Der Nachdruck ist frei unter der Bedingung, dass die Quelle angegeben wird.

Réalisé grâce à un appui financier de la Coopération luxembourgeoise.

Les opinions représentées dans la présente publication n'engagent que leurs auteurs.

Éditorial

Graue Wolken am Finanzierungshimmel..... 1

Luxembourg

„Entwécklungshëllef ass en Deel vun der globaler Responsabilitéit“ 2
Ebola-Krise, Post-2015 und Politikkohärenz..... 6
Minister Schneider verlangt mehr Effizienz von den ONGs 9
Die Mongolei zahlt mehr als Belgien und Österreich..... 12
Le Cercle de Coopération fait peau neuve ! 14
Kurznachrichten 15

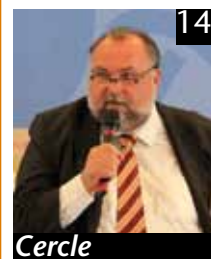
International

Entretien avec Neth Prak : „Le gouvernement vole nos terres“ 16
La société civile demande à l'UE un rôle de leader dans la défense des droits humains.. 19
L'UE ne tiendra pas ses engagements en matière d'APD en 2015..... 20
Le rôle de l'UE dans le soutien d'un système fiscal mondial injuste 21
Un soulèvement populaire sans précédent au „pays des hommes intègres“ 22
Blaise Compoaré, Thomas Sankara et la Françafrique 25
Die Globale Infrastrukturinitiative: Segen oder Fluch? 28
UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnt vor Isolation Westafrikas durch Ebola 30
Voyage avec Fairtrade au Nicaragua..... 32
Situation politique du Nicaragua de 1979 à 2014... 34
Neue Freundsuche im Ausland..... 36
Ein Hauch von Stammheim..... 37
Le coin des lectures..... 40



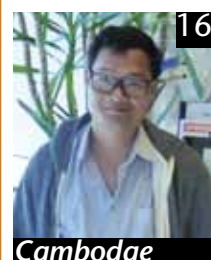
Debatte

Minister Schneider will für mehr Effizienz sorgen



Cercle

La plateforme des ONG fait peau neuve



Cambodge

Entretien avec Neth Prak, représentant de la minorité bunong



Burkina Faso

Un soulèvement populaire a balayé le Président Blaise Compaoré



Nicaragua

Jean Feyder relate son voyage au Nicaragua avec Fairtrade

Le Brennpunkt Drëtt Welt est une revue luxembourgeoise, éditée par l'Action Solidarité Tiers Monde.

Graue Wolken am Finanzierungshimmel

Kooperationsminister Romain Schneider will mehr Effizienz in die luxemburgische Entwicklungspolitik bringen, so lautet zumindest seine zentrale Botschaft bei der Parlamentsdebatte vom 05. November (Seite 2). Dagegen wird niemand etwas einzuwerfen haben, auch wenn manche sich im Gegenschluss die Frage stellen, ob denn bislang nicht effizient gearbeitet worden sei. Die Qualität der Hilfe ist jedoch nicht Gegenstand dieser Zeilen. Vielmehr muss einmal mehr über die Quantität geredet werden.

Luxemburg - das hat Minister Schneider und etliche Abgeordnete mehrfach hervorgehoben - gibt jährlich 1% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit aus. Das ist gut und richtig so, denn die luxemburgische Bevölkerung, der es summa summarum nicht so schlecht geht, hat eine Verpflichtung zur Solidarität mit anderen Völkern. Dieser Prozentsatz wird im Übrigen dieses Jahr überschritten werden. Aus statistischen Gründen hätte die Regierung das Kooperationsbudget um 25 Millionen Euro kürzen können, um auf genau 1% zu bleiben. Das sie das nicht getan hat, sondern die Gesamtsumme bei 323 Millionen Euro eingefroren hat, ist bemerkens- und lobenswert, vor allem deshalb, weil der Trend auf internationaler Ebene gerade in die entgegengesetzte Richtung verläuft.

Schaut man sich die Zahlen auf europäischer Ebene an, so gab es 2013 nur vier EU-Länder, die jene Grenze von 0,7% des BNE erreicht oder überschritten haben, welche die UNO bereits seit den 1970er Jahren vorgibt: Großbritannien, Dänemark, Schweden und eben Luxemburg. Die anderen Länder sind teils noch meilenweit von diesem Engagement entfernt oder weisen gar rückläufige Entwicklungsbudgets auf. Unter den EU-Staaten, die 2013 bei der Hilfe an den Ärmsten gespart haben, befinden sich übrigens nicht nur südeuropäische Krisenländer, sondern auch wirtschaftlich starke Nationen, wie die Niederlande, Belgien oder Frankreich.

Damit steht bereits jetzt fest, dass das Versprechen der EU, bis 2015 in Summe 0,7% des BNE in die Kooperation zu investieren, nicht gehalten werden kann: Derzeit fehlen dazu rund 40 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass ein beträchtlicher Teil der jetzigen Hilfe künstlich aufgebläht ist. Wie der diesjährige AidWatch-Report von Concord zeigt (Seite 19), tragen mindestens 5,2 der insge-

samt 53,5 Milliarden Euro nicht zur Armutsbekämpfung bei. Es handelt sich beispielsweise um Ausgaben in der Asylpolitik oder bei der Unterbringung von ausländischen Studenten, die von vielen Ländern als Entwicklungshilfe angerechnet werden.

Doch damit nicht genug. Derzeit läuft innerhalb des OECD Development Assistance Committee eine beunruhigende Diskussion über eine weitere Aufweichung der Kriterien, die die öffentliche Entwicklungshilfe definieren. Einige Staaten drängen mit Nachdruck darauf, diese Kriterien soweit aufzuweichen, dass sie schlussendlich so ziemlich alles in ihre Bilanz einrechnen können. Ist ihr Vorhaben erfolgreich, kann es beispielsweise gut sein, dass demnächst die Stationierung von Kampfjets auf afrikanischem Boden als Entwicklungshilfe gilt. Eine solche Aufweichung käme gerade rechtzeitig, um das Ziel von 0,7% für 2015 zumindest auf dem Papier zu erreichen: Was nicht passt, wird eben passend gemacht.

Noch problematischer als dieses statistische Face-lifting ist der seit einiger Zeit zu beobachtende Trend, die Verantwortung an die Privatwirtschaft abzugeben. Staaten alleine können die steigenden Bedürfnisse in der Welt nicht mehr decken, so der mittlerweile salonfähige Jargon, wir müssen die privaten Akteure einbinden. In diese Kerbe stieß nicht nur die Europäische Union mit einer Kommunikation im Sommer 2013, sondern rezent auch eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Finanzierung der neuen Entwicklungsagenda. Apple, Shell und Monsanto als zukünftige Entwicklungshelfer? Warum nicht gleich den Bock zum Gärtner machen?

Den Ländern, die sich wie Luxemburg für eine ehrgeizige staatliche Entwicklungspolitik einsetzen, steht auf internationaler Ebene ein hartes Ringen bevor. Man muss ihnen dabei viel Glück wünschen, denn wenn dieser Kampf verloren geht, könnte es das Ende der staatlichen Entwicklungspolitik bedeuten, zumindest in ihrer derzeitigen Form.

Marc Keup

Entwicklungspolitische Erklärung

„Entwécklungshëllef ass en Deel vun der globaler Responsabilitéit, déi mir all ze droen honn“

Am 05. November hielt Minister Romain Schneider vor der Abgeordnetenkammer seine Rede zur Lage der Entwicklungspolitik. Anstatt sich rhetorisch durch die einzelnen Partnerländer, Projekte und Misereen der Welt zu wühlen, wie einige seiner Vorgänger, tat Schneider das, was man von einem politisch Verantwortlichen erwarten darf: Er legte dar, wohin die Reise in Zukunft gehen soll.

Marc Keup

Schneider hielt eine programmatische Rede in der er einerseits seine politischen Leitlinien und andererseits die Herausforderungen der kommenden Monate skizzierte. Er legte die Grundprinzipien fest und zeichnete in groben Zügen deren Umsetzung nach. Danach ging er auf die internationalen Diskussionen im Entwicklungsbereich und die politische Agenda für das wichtige Jahr 2015 ein.

Dass die angekündigten Veränderungen nicht allen Beteiligten schmecken konnten, liegt in der Natur der Sache. Zwar treffen die großen Überschriften, wie Effizienzsteigerung, Konzentration der Mittel oder inklusive Partnerschaften, auf allgemeine Zustimmung, doch der Teufel steckt bekanntlich im Detail.

Ebola-Krise

Als Einstieg benutzte der Kooperationsminister die Ebola-Epidemie in Westafrika. Diese sanitäre Krise zeige die Notwendigkeit der Katastrophenhilfe und der langfristig angelegten Entwicklungshilfe. Schwache Gesundheitssysteme seien nicht nur dramatisch für die Menschen vor Ort, sondern schlussendlich auch eine Gefahr für die entwickelten Länder. Das Beispiel ist geschickt gewählt, um beiläufig das Eigeninteresse Luxemburgs an einer starken Entwicklungshilfe zu illustrieren, ohne bekannte Stereotypen zu bemühen. Luxemburg sei sich seiner Verantwortung bewusst, folgerte er, und werde auch in Zukunft



Photo: Coopération luxembourgeoise

► Minister Schneider will für mehr Effizienz in der Kooperationspolitik sorgen.

1% seines Bruttonationaleinkommens (BNE) in diesen Bereich investieren.

Tatsächlich wird der Beitrag Luxemburgs im nächsten Jahr leicht über dieser Marke liegen. Da das BNE neuerdings auf andere Weise berechnet wird und deshalb aus statistischen Gründen weniger hoch ausfällt, hätte die Entwicklungshilfe 2015 um mehr als 25 Millionen Euro gekürzt werden können. Die Regierung entschied sich nach kontrovers geführten Diskussionen jedoch schlussendlich dafür, die Kooperationshilfe nicht zu senken, sondern auf den geplanten 323 Millionen Euro einzufrieren. Diese Zahl soll solange Bestand haben, bis ein Anstieg des BNE auch einen Anstieg der Entwicklungshilfe ermöglicht.

Effizienzsteigerung

Bereits einige Tage vor der Rede hatte die *Direction de la Coopération* einen Aktionsplan zur Steigerung der Wirksamkeit veröffentlicht, welcher wesentliche Teile der Parlamentserklärung vorwegnahm (siehe Kasten). Dieses strategische Dokument, das von internationalen Instanzen gefordert und seit längerer Zeit vorbereitet wurde, nennt die Grundprinzipien, mit deren Hilfe man die Qualität der luxemburgischen Kooperationspolitik erhöhen will. Da es sich weitgehend auf die internationale Diskussion in diesem Bereich stützt, sind die erläuterten Prinzipien alles andere als unbekannt. Neu ist nur,

dass sie nun auch tatsächlich umgesetzt werden sollen.

Was das im Konkreten bedeutet, erklärte Minister Schneider im Anschluss. Die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit wird sich in Zukunft stärker auf die ärmsten Länder konzentrieren. Deshalb ziehe man sich mittelfristig aus den Partnerländern Vietnam und Salvador zurück. Hingegen sei ein Ausstieg aus Cabo Verde, das seit 2011 nicht mehr zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehört, derzeit nicht geplant, da dieses Land durch seine Insellage in einer speziellen Situation sei. Man kann getrost davon ausgehen, dass es für diese Ausnahme auch politische Gründe gibt. Ob die Zusammenarbeit mit Nicaragua, das ebenfalls zu den Ländern mittleren Einkommens gehört, weiter geht, ließ Minister Schneider offen.

Die verstärkte Konzentration der Mittel wird jedoch nicht nur geographisch umgesetzt, sondern auch sektoriell. Pro Partnerland wolle man sich nunmehr auf 2 bis 3 Arbeitsbereiche beschränken, wie z.B. Bildung, Gesundheit oder ländliche Entwicklung. Um die Wirksamkeit der luxemburgischen Entwicklungshilfe zu erhöhen, wolle man ebenfalls verstärkt mit privaten Akteuren und Nichtregierungsorganisationen (Organisations non gouvernementales - ONGs) vor Ort zusammenarbeiten. Minister Schneider nannte als Beispiel die Einbindung von lokalen Unternehmen im Tourismusbereich in Cabo Verde oder die Förderung lokaler ONGs in Salvador. Dieses Vorhaben kann zweifelsohne interessante Ergebnisse bringen, verspricht jedoch gleichzeitig eine heikle Gratwanderung.

Bei der Einbindung privater Firmen muss man sich bewusst sein, dass deren Interessen mit den Interessen der lokalen Bevölkerung übereinstimmen können, jedoch nicht zwangsläufig müssen. Je größer diese Unternehmen sind und je weiter ihre Entscheidungszentralen von den lokalen Realitäten entfernt liegen, desto größer ist das Risiko, dass

es zu unerwünschten Nebenwirkungen kommt. Dies ist vor allem problematisch, wenn man zusätzlich auf die Hilfe von regionalen Entwicklungsbanken setzt, die traditionell eher Großprojekte finanzieren. Bei der Förderung von ONGs hingegen läuft man Gefahr, ihre politische Unabhängigkeit zu untergraben. Organisationen der Zivilgesellschaft, die in staatliche Strategien eingebunden werden, verlieren zwangsläufig die notwendige Distanz zu den staatlichen Akteuren.

Ausrichtung auf staatliche Systeme

Die bilaterale Hilfe wird sich laut Minister Schneider auch verstärkt auf die staatlichen Strukturen der Partnerländer und deren Strategien ausrichten. Es gehe darum, eng mit der lokalen Verwaltung zusammen zu arbeiten und zu vermeiden, Finanzwege zu verdoppeln. Dies bedeutet, dass klassische Entwicklungsprojekte, die vom Anfang bis zum Ende von Akteuren der luxemburgischen bilateralen Kooperation geplant und umgesetzt werden, nun endgültig der Vergangenheit angehören.

Die Agentur Luxdev, die einen Großteil der bilateralen Hilfe abwickelt, wird dadurch nicht überflüssig, muss ihre Arbeitsweise aber weiter anpassen.

Auf den Weg der generellen Budgethilfe, d.h. die Einspeisung von Entwicklungsgeldern in den allgemeinen Staatshaushalt der Partnerländer, wolle man jedoch nicht gehen. Derzeit praktiziere man nur sektorische Budgethilfe in Cabo Verde, die sich spezifisch auf den Bereich der Berufsbildung beschränkt. Verstärken will Minister Schneider ebenfalls die Zusammenarbeit und Absprache mit anderen Geberländern, vor allem mit anderen EU-Staaten.

Mehr Effizienz auch bei den ONGs

Die Prinzipien, die Schneider für die bilaterale Kooperation formuliert hat, sollen teilweise auch für die luxemburgische Nichtregierungsorganisationen gelten (siehe Artikel Seite 9). Die ONGs sollen ihre administrativen Kosten senken, damit mehr Geld in den Zielgebieten ankommt, und dazu gedrängt werden, vermehrt in den ärmsten Ländern der Welt zu arbeiten. Diese Maßnahmen, die bereits im so-

zoom

Plan d'action pour l'efficacité du développement

Se basant sur les processus internationaux dans la matière, le Plan d'action pour l'efficacité du développement 2014-2016, publié fin octobre par la Direction de la Coopération, énonce un certain nombre de principes qui sont censés rendre l'aide luxembourgeoise plus efficace. Les grandes titres sont: quantité et qualité, politique de concentration, partenariats inclusifs, alignement, prévisibilité, transparence et redevabilité mutuelle, coordination et harmonisation, ainsi que fiscalité et mobilisation des ressources internes. On trouve dans le document également une matrice qui montre l'avancement de l'implémentation.

► <http://cooperation.mae.lu>

PLAN D'ACTION
POUR L'EFFICACITÉ
DU DÉVELOPPEMENT
2014 - 2016



nannten Zukunftspaket der Regierung veröffentlicht wurden, hatten im Vorfeld für einigen Wirbel gesorgt und wurden auch in der anschließenden Parlamentsdebatte thematisiert. Die nationale Plattform der ONGs, der *Cercle de Coopération*, hatte das Vorhaben öffentlich kritisiert.

Auch bei der multilateralen Kooperation, d.h. bei der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation oder der UNICEF, wird stärker auf Effizienz gesetzt. So will Schneider die Anzahl der Organisationen senken, die von der luxemburgischen Kooperation unterstützt werden, und mit diesen mehrjährige Partnerschaftsabkommen eingehen.

Eindringlich ging Schneider auch auf die Mobilisierung lokaler Ressourcen ein. Konkret will die luxemburgische Kooperation ihre Bemühungen verstärken, den Partnerländern beim Aufbau eines funktionierenden Steuerwesens zu helfen und die Transparenz bei den öffentlichen Ausgaben zu verbessern. Einige Pilotprojekte in diesem Zusammenhang wurden schon umgesetzt, zum Beispiel in Salvador. Dabei könnten auch Mikrofinanzinstrumente eine Rolle spielen.

In diesem Bereich steckt tatsächlich ein enormes Potential, doch der Handlungsbedarf liegt nicht ausschließlich in den Entwicklungsländern. Solange multinationale Unternehmen und reiche Individuen riesige Schlupflöcher in der globalen Finanzarchitektur nutzen können, um ihre Gewinne oder ihr Vermögen am Fiskus vorbei außer Landes zu schaffen, können die lokalen Steuerbehörden in den Entwicklungsländern wenig ausrichten. Wenn es die luxemburgische Regierung damit Ernst meint, sollte sie sich ebenfalls für mehr Transparenz bei den internationalen Finanztransaktionen und gegen das Steuerdumping einsetzen - und gleich beim hiesigen Finanzplatz anfangen. Damit wären wir dann auch bei dem leidigen Thema Politikkohärenz.

Mehr Politikkohärenz

„Es kann nicht sein, dass man mit der einen Hand wegnimmt, was man mit der anderen gegeben hat“, so Minister Schneider. Die Politikkohärenz im Sinne der Entwicklung sei eine Frage des gesunden Menschenverstands. Allerdings sei sie nicht so einfach umzusetzen, da man zwischen kurzfristigen

und langfristigen, sowie nationalen und globalen Interessen balancieren müsse. Die Broschüre „Fair Politics“, in welcher der *Cercle de Coopération* regelmäßig die Inkohärenzen in der luxemburgischen Politik auflistet, nannte er ein interessantes Instrument.

Seit 2012 ist das interministerielle Komitee für Entwicklung in der Frage der Politikkohärenz aktiv, das aus Beamten der verschiedenen Ministerien besteht. Hier sollen Inkohärenzen analysiert und Entwicklungsthemen in die verschiedenen Regierungsabteilungen eingebracht werden. Mittlerweile hat sich diese Arbeitsgruppe auch auf eine Vorgehensweise geeinigt. Sie will pro Jahr 3 bis 4 Themen behandeln und dabei sowohl Vertreter des betreffenden Ministeriums, als auch Vertreter der Zivilgesellschaft anhören. Zu jedem Thema sollen Empfehlungen ausgearbeitet werden, die dann an die verantwortlichen Regierungsvertreter weitergeleitet werden.

Inwiefern dieses Komitee tatsächlich Bewegung in diese Frage bringen kann, wird sich in naher Zukunft zeigen. Tatsache ist, dass seit fast 10 Jahren in jeder Kooperationsdebatte über Kohärenz gesprochen wird, ohne dass bislang nennenswerte Ergebnisse erzielt wurden. Minister Schneider scheint der Politikkohärenz zumindest eine gewisse Priorität einzuräumen und will sich auch persönlich einbringen: „Der Kooperationsminister hat hier eine spezielle Rolle, auch wenn er selbstverständlich nicht alleine entscheidet.“

Die Post-2015-Debatte

Im zweiten Teil seiner Rede ging Romain Schneider auf die entwicklungspolitischen Prioritäten des nächsten Jahres ein und 2015 hat in dieser Hinsicht einiges zu bieten. Im Jahr 2000 hatte die internationale Gemeinschaft 8 Millenniums-Entwicklungsziele formuliert, die in einer Zeitspanne von 15 Jahren erreicht werden sollten. Diese Ziele laufen demnach im nächsten Jahr



Photo: ASTM

► An Herausforderungen fehlt es derzeit nicht in der Kooperationspolitik.



Photo: Coopération luxembourgeoise

► Umweltministerin Carole Dieschbourg und Kooperationsminister Romain Schneider wollen in Bezug auf die „Post-2015-Debatte“ eng zusammenarbeiten.

aus und sollen durch neue, inklusive und weltweit gültige Nachhaltigkeitsziele ersetzt werden. Diese neue Agenda, die derzeit in einem sehr aufwendigen politischen Prozess erstellt wird, wird vermutlich einen großen Einfluss auf die zukünftige entwicklungspolitische Debatte haben und soll im September 2015 verabschiedet werden.

Der eigentliche Knackpunkt der sogenannten „Post-2015-Debatte“ ist natürlich finanzieller Natur. Wie viel Geld wird wo gebraucht und vor allem, wer soll schlussendlich wieviel zahlen? Die Gräben verlaufen zuallererst zwischen den westlichen Industrienationen und den großen Schwellenländern, die sich die zu erwartende Rechnung hin und her schieben. Zusätzlich gibt es Bestrebungen einiger großer Länder, die Zeche an die Privatwirtschaft weiter zu leiten und auch Minister Schneider stieß vorsichtig in diese Kerbe: „Staaten alleine haben begrenzte Mittel. Diese müssen mit privaten Mitteln intelligent kombiniert werden, ohne dass die spezifischen Verantwortlichkeiten vermischt und verwischt werden. [...] Für Luxemburg behält die öffentliche Entwicklungspolitik jedoch auch in Zukunft eine zentrale Rolle“. Letzterer Satz beinhaltet eine löbliche Nuancierung, die in den internationalen Diskussionen jedoch

schnell unter die Räder kommen könnte.

Hinzu kommt, dass derzeit zwischen den wichtigsten Geberländern Verhandlungen über eine Neudefinition der Entwicklungshilfe stattfinden. Einige Akteure üben Druck aus um die Kriterien, die festlegen, was als Entwicklungshilfe gelten kann und was nicht, weiter aufzuweichen, und so ihren Beitrag zu verschönern. Luxemburg hat sich traditionell gegen eine solche Aufweichung gewehrt, Schneiders Position hingegen klingt etwas kryptisch: „Wir sind hier sehr vorsichtig und wollen nicht Äpfel und Birnen miteinander vermischen“. Ein klares Statement sieht anders aus.

EU-Präsidentschaft

Das kommende Jahr verspricht jedoch nicht nur wegen dieser Diskussionen spannend zu werden. 2015 wurde zusätzlich zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ erklärt, mit dem Ziel, die Bürger und Bürgerinnen über die Herausforderungen der Entwicklungspolitik zu informieren und zu sensibilisieren. Mittlerweile ist in diesem Zusammenhang ein umfangreiches Programm aufgestellt worden, sowohl von der *Direction de la Coopération* als auch von Seiten der ONGs. Die Aktivi-

täten reichen von Konferenzen, über Ausstellungen und Animationen bis hin zu politischen Veranstaltungen. Laut Minister Schneider soll dabei vor allem die Würde des Menschen im Vordergrund stehen.

Da die luxemburgische Regierung im zweiten Halbjahr die Präsidentschaft der EU übernimmt, kommt ihr dabei eine spezielle Rolle zu. Das Thema Entwicklungspolitik soll sich daher auch wie ein roter Faden durch die Präsidentschaft ziehen. Besonders interessant ist dabei die Ankündigung, Entwicklungsthemen in möglichst vielen europäischen Ministerräten einzubringen, was die Frage der Politikkohärenz auf europäischer Ebene weiter voran bringen könnte. Auch die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) soll auf der Tagesordnung stehen und ein weiteres Augenmerk wird auf die Vorbereitung eines wichtigen Gipfels zur humanitären Hilfe liegen, der im Frühjahr 2016 stattfinden wird. Alle diese Elemente versprechen ein ereignisreiches Jahr und stellen gleichzeitig eine große Herausforderung dar, für die doch verhältnismäßig kleine *Direction de la Coopération*.

Eine programmatische Rede

Wie eingangs erwähnt, kann man Romain Schneiders Rede vor dem Parlament durchaus als richtungsweisend einstufen. Alle wichtigen Elemente wurden angesprochen und eingeordnet und dies zumeist in einer Sprache, die sich von der anderswo üblichen Wohltätigkeits-Rhetorik abhebt. Von einer grundsätzlichen Neuausrichtung der luxemburgischen Kooperationspolitik kann man wohl kaum sprechen, aber zwischen den Zeilen ist deutlich heraus zu lesen, dass ein neuer Wind weht. Man darf gespannt sein, wie die Umsetzung dieser entwicklungspolitischen Erklärung in der Praxis funktionieren wird und welche Bilanz man schlussendlich aus dem wichtigen Jahr 2015 ziehen kann. ■

Die Parlamentsdebatte zur Kooperationspolitik

Ebola-Krise, Post-2015 und Politikkohärenz

Wie gewohnt fand im Anschluss an die entwicklungspolitische Erklärung des Kooperationsministers im Parlament eine Debatte statt, die in diesem Jahr von den Themen Ebola-Krise, Post-2015 und Politikkohärenz dominiert wurde. Trotz des parteiübergreifenden Konsenses hinsichtlich der Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit gab es durchaus auch kritische Töne.

Marc Keup

Die Parlamentsdebatte zur Kooperationspolitik litt auch in diesem Jahr an dem gleichen Problem wie in den Jahren zuvor: Sie fand unmittelbar im Anschluss an die Erklärung des Ministers statt. Die Abgeordneten reagierten deshalb nicht auf deren Inhalt, sondern trugen im Vorfeld ausgearbeitete Referate vor, die teilweise quer durch das Gemüsebeet der globalen Missstände führten. Trotzdem kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass die diesjährige Debatte qualitativ auf einem recht hohen Niveau geführt wurde.

Nancy Arendt (CSV)

Die Rednerin der größten Fraktion hatte satte 50 Minuten zur Verfügung und konnte daher ein breites Spektrum



Photo: chd/lu

► Nancy Arendt (CSV).

an Themen ansprechen: Von den Millennium-Entwicklungszielen, über Bildung und Frauenrechte, bis hin zu guter Regierungsführung und Mikrofinanz. Als wichtig bezeichnete sie die Politikkohärenz. Auch bei den Diskussionen über Gesetzesprojekte im Parlament solle man in Zukunft stärker die Rückwirkungen anderer Politikfelder auf die Entwicklungsländer berücksichtigen, so Nancy Arendt. Wenn dieser Vorschlag tatsächlich umgesetzt würde, wäre das schlichtweg ein Quantensprung, den sich derzeit nicht einmal die ONGs erhoffen. Sie nannte auch verschiedene Beispiele von Inkohärenzen, wie den massiven Import von Palmöl, hohe Transferteinkosten bei Überweisungen von Migranten oder die schlechte Bilanz des Landes bei der Bekämpfung des Klimawandels. Bei letzterem Thema kritisierte sie vor allem den massiven Ankauf von Emissionsrechten. Das sei nicht nur Betrug an der restlichen Welt, sondern auch an uns selbst - eine mutige Aussage, wenn man bedenkt, dass ihre eigene Partei diese Politik aktiv mitgestaltet hat. Am Schluss ihrer Rede ging sie auf die Sparmaßnahmen ein, die den ONGs auferlegt werden. Sie könne die Kritik des *Cercle de Coopération* sehr gut verstehen und würde diese auch teilen. Besonders bedauerlich fand Nancy Arendt, dass im Vorfeld nicht mit den ONGs geredet wurde, obwohl diese Maßnahmen ihre Arbeit direkt betreffen.

Marc Angel (LSAP)

Marc Angel, Präsident der außenpolitischen Kommission, ging zuerst auf den neuen Aktionsplan des Ministers für die Steigerung der Effizienz ein. Es



Photo: chd/lu

► Marc Angel (LSAP).

handele sich dabei um ein sehr wertvolles Dokument, mithilfe dessen man die Qualität der Arbeit weiter verbessern kann. Danach fühlte er sich zu einer Klarstellung gezwungen. Sein Parteikollege Robert Goebbels hatte einige Wochen zuvor für Aufregung gesorgt, als er indirekt eine Senkung der Kooperationshilfe von derzeit 1% auf 0,7% des BNE gefordert hatte. Seine Partei stehe auch weiter uneingeschränkt hinter dem 1%-Prinzip, so Angel, es handele sich bei Goebbels Aussage nur um dessen persönliche Meinung. Ausgaben im Klimabereich würden auch in Zukunft nicht angerechnet und Luxemburg verbinde keine wirtschaftlichen Interessen mit seiner Kooperationspolitik. Bezüglich der Maßnahmen gegenüber den ONGs, verteidigte Marc Angel die Vorgehensweise des Ministers. Diese würden hauptsächlich der Suche

nach mehr Effizienz dienen und er sei zuversichtlich, dass im Dialog eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann. Eindringlich ging Angel auch auf die Post-2015-Debatte ein, der er große Bedeutung beimisst. Dabei zählte er die Themenbereiche auf, die für seine Partei besonders wichtig sind und forderte alle Akteure auf, aktiv an der Gestaltung der neuen Agenda mitzuarbeiten. Schlussendlich ging Marc Angel noch auf die Politikkohärenz ein. Besonders auf europäischer Ebene könne man hier viel erreichen, was aber nicht heiße, dass man auf nationaler Ebene nicht aktiv werden sollte. Er forderte die verschiedenen parlamentarischen Kommissionen auf, die Kohärenz stärker zu berücksichtigen, und begrüßte das neue Arbeitsprogramm des *Comité interministeriel*.

Gusty Graas (DP)

Der Redner der DP ging gleich am Anfang auf die Politikkohärenz ein und fragte sich, warum es überhaupt so lange gedauert hat, bis man in dieser Frage aktiv wurde. Er begrüßte die verstärkten Anstrengungen des *Comité interministeriel* in diesem Bereich. Es sei wichtig, dass auch der Premierminister sich hier



Photo: chd.lu

► Gusty Graas (DP)

einbringe und die Diskussion beeinflusse. Diesem Vorschlag kann man nur zustimmen und da er aus den Reihen der DP kommt, müsste er auch bei Xavier Bettel Gehör finden. Als Beispiele für Inkohärenzen nannte Gusty Graas Probleme bei der europäischen Migrationspolitik, wo man Italien nicht alleine lassen darf, sowie die Klima- und Agrarpolitik. Kein Tabu dürfe die schlechte Regierungsführung in verschiedenen Partnerländern sein. Gusty Graas ging auch als einer der einzigen Redner auf die luxemburgische Hilfe für die Palästinaergebiete ein, wobei er kritisierte, dass die internationale Gemeinschaft in regelmäßigen Abständen die Schäden reparieren müsse, die durch die israelischen Kampfhandlungen entstehen. Er forderte auch mehr diplomatischen Einsatz der EU für die Zweistaatenlösung. Den Einsatz der luxemburgischen ONGs würdigte Gusty Graas explizit. Man solle diese Arbeit weiterhin voll unterstützen, da die verschiedenen Organisationen auch einen wichtigen Beitrag für die Einbindung der luxemburgischen Bevölkerung in die Entwicklungszusammenarbeit leisten. Bezüglich der „Sparmaßnahmen“, welche die ONGs betreffen, genüge ihm die Aussage des Ministers, dass es dabei vor allem um mehr Effizienz gehe.

Claude Adam (déi gréng)

Claude Adam lobte eingangs die Tatsache, dass es bei der grundsätzlichen Ausrichtung der Entwicklungspolitik einen breiten Konsens im Parlament gebe. Auf internationaler Ebene seien in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden: Der ungebremsste Liberalismus habe viele Länder in den Ruin getrieben. Für die Partei der Grünen ist die Kooperation keine karitative Veranstaltung. Als reiches Land habe Luxemburg die moralische Verpflichtung, anderen zu helfen. Nachdem er eine Bilanz der Millennium-Entwicklungsziele zeichnete, kam Claude Adam auf die Rolle der ONGs zu sprechen. Diese haben die



Photo: chd.lu

► Claude Adam (déi gréng).

Möglichkeit, in direktem Kontakt mit der lokalen Bevölkerung zu stehen, so Adam, und hätten außerdem die Möglichkeit, Gruppen zu unterstützen, die sich gegen politische Ungerechtigkeiten wehren, was für staatliche Akteure schwieriger sei. Die ONGs würden auch dazu beitragen, die staatliche Arbeit kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang lobte er auch die Broschüre zur Politikkohärenz des *Cercle de Coopération*. Von den Maßnahmen, die das Ministerium gegenüber den ONGs plant, sei seine Partei ebenso überrascht worden, wie die betroffenen Organisationen. Einer Diskussion über die Konzentration der Arbeit der ONGs in den am wenigsten entwickelten Ländern könne er sich nicht verschließen. Allerdings, dürfe man nicht vergessen, dass die Nichtregierungsorganisationen mit lokalen Bevölkerungen arbeiten und nicht mit Staaten. Am Ende erinnerte Claude Adam daran, dass die Menschen in den reichen Ländern auch ihren Lebensstil überdenken müssen. Unser ökologischer Fußabdruck sei viel zu hoch und jeder könne mit seinen Konsumgewohnheiten einen Beitrag für eine gerechtere Welt leisten.

Fernand Kartheiser (ADR)

Mit der Entwicklungshilfe werde sehr viel Positives bewirkt, so der Vertreter der ADR eingangs, und er freue sich, dass so viele Menschen im Land daran mitwirken. Die Rolle einer Oppositionspartei bei dieser Debatte sei jedoch nicht, alles aufzuzählen, was auf der Welt schief laufe, sondern die Regierungspolitik im Bereich der Kooperationspolitik kritisch zu beleuchten. Fernand Kartheiser argumentierte dann, Luxemburg gebe viel zu viel Geld aus für die Entwicklungspolitik, sogar viel mehr als die 1% des BNE die offiziell angegeben werden. Entwicklungshilfe sei wichtig für die ADR, aber 0,7% würden ausreichen. Damit verlangte Kartheiser, wie in den Jahren zuvor, als einziger Redner eine Senkung der Entwicklungshilfe. Auf die Frage, warum man Entwicklungshilfe betreibe, habe die Regierung keine klare Antwort. Kritisch ging er auch auf die sektorielle Budgethilfe in Cabo Verde ein. Eine Evaluierung habe gezeigt, dass die kapverdische Regierung nicht genug tue, um die Transparenz seiner Ausgaben zu gewährleisten und es gebe Abstimmungsprobleme zwischen Luxdev und der luxemburgischen Botschaft dort. Kartheiser fragte sich



Photo: chd.lu

► Fernand Kartheiser (ADR)

daraufhin, warum man in dieser Debatte nicht über die realen Schwierigkeiten in unserer Entwicklungspolitik rede, anstatt über die Probleme der Welt zu philosophieren. Letzterer Bemerkung kann und muss man sich anschließen, solange dies auf faire Art und Weise geschieht.

Serge Urbany (déi Lénk)

Der Vertreter der linken Partei hatte nur 15 Minuten Redezeit und sprach vor allem über Politikkohärenz. Am Anfang ging er auf die negativen Auswirkungen der Steuerflucht ein und erinnerte dabei an eine Studie von 2008, die besagte, der luxemburgische Finanzplatz koste die Entwicklungsländer viel mehr Einnahmen, als das Großherzogtum an Hilfe leiste. Die Kooperationspolitik sei in diesem Zusammenhang von der Vorgängerregierung als Feigenblatt benutzt worden. Die Verbindung zwischen der globalen Finanzarchitektur und der desolaten Lage in den Entwicklungsländern würde immer klarer werde und sei auch schon von einer Reihe von internationalen Organisationen bestätigt worden. Man brauche in diesem Bereich mehr Transparenz. Serge Urbany hielt den Abgeordneten vor allem die Broschüre des *Cercle de Coopération* zur Politikkohärenz vor Augen und wies darauf hin, dass die darin enthaltene Beurteilung sehr schlecht ausfalle. Hinsichtlich der Anstrengungen der Regierung in Sachen Politikkohärenz bleibt Serge Urbany skeptisch. Das *Comité interministeriel* sei zwar mit der Frage beauftragt worden, habe in der Praxis aber noch keine Ergebnisse gebracht. Es könne viel mehr gemacht werden und seine Partei werde die Regierung an den Ergebnissen in diesem Bereich messen. Die „Sparmaßnahmen“ gegenüber den ONGs hält Urbany für falsch. Dadurch würden Arbeitsplätze bei den einzelnen Organisationen in Gefahr geraten. Auch mit einer Begrenzung der Arbeit der ONGs auf die am wenigsten entwickelten Länder sei er nicht einver-



Photo: chd.lu

► Serge Urbany (déi Lénk).

standen. Armut müsse transversal bekämpft werden, sowohl in den armen, als auch in den reichen Ländern.

Antwort des Ministers

Am Ende trat Minister Schneider ein zweites Mal ans Rednerpult um auf die Debatte zu reagieren. Er versicherte, dass die Diskussion über die Kooperationspolitik selbstverständlich in der zuständigen Kommission weitergeführt werden könne. Die geplanten Änderungen für die ONGs verteidigte er nochmals. Diese seien vor allem im Hinblick auf mehr Effizienz geplant. Seine Politik sei vor allem auf Kontinuität ausgerichtet. Seine Vorgänger hätten in diesem Bereich eine gute Arbeit geleistet, die er fortsetzen wolle. Die Politikkohärenz, die von fast allen Rednern angesprochen wurde, sei bereits seit längerer Zeit ein Thema und man müsse nun endlich in dieser Frage weiter kommen, auch wenn das nicht so einfach sei. Er schloss die Debatte schlussendlich mit den Worten, die luxemburgische Kooperation sei nicht da, um Regierungen zu helfen, sondern um den Menschen zu helfen. Man solle das Motto des europäischen Jahrs für Entwicklung 2015 ernst nehmen: „Unsere Welt, unsere Zukunft, unserer Würde“. ■

Neue Bedingungen für die ONGs

Minister Schneider verlangt mehr Effizienz von den ONGs

Die Kofinanzierungsraten des Ministeriums für Nichtregierungsorganisationen (Organisations non gouvernementales - ONGs) sollen abgeändert werden, das verkündete Kooperationsminister Schneider bei der Kooperationsdebatte. Veröffentlicht wurden die Maßnahmen aber bereits zwei Wochen früher.

Marc Keup

Die Aufregung unter den Nichtregierungsorganisationen (ONGs) war groß nachdem Finanzminister Gramegna am Mittwoch dem 15. Oktober das sogenannte Zukunftspaket mit 258 Sparmaßnahmen vorstellte und sie feststellen mussten, dass 3 davon direkt ihre Arbeit betreffen. Spätestens am folgenden Tag, als die Internetseite von RTL die Abänderung der Kofinanzierungsraten in einem Artikel auflistete, klingelte beim *Cercle de Coopération* das Telefon ohne Unterlass. Dort konnte aber niemand die vielen Fragen beantworten, denn die politisch Verantwortlichen hatten es schlichtweg unterlassen, die Plattform der ONGs über die Maßnahmen zu informieren.

Minister Schneider rechtfertigte später diese Nichtinformierung mit der Tatsache, dass die Kooperationsdebatte auf Wunsch des Parlaments verlegt worden sei. Diese hätte eigentlich am gleichen Tag wie die Budgeteinkreichung stattfinden sollen, so dass er die geplanten Änderungen gleich

im Anschluss hätte erläutern können. Bleibt die Frage, warum er dies nicht sofort nachholte, als die Verschiebung des Termins bekannt wurde. Es hätte ihm einigen Ärger erspart.

Unbegreiflich ist auch, warum die Maßnahmen überhaupt in das Zukunftspaket aufgenommen wurden. Da das Gesamtvolumen der Entwicklungshilfe nicht sinkt, handelt es sich höchstens um eine Verschiebung der Ausgaben innerhalb des Kooperationsbudgets, ohne Auswirkung auf den gesamten Staatshaushalt. Sie hätten daher eher in ein Strategiepapier der *Direction de la Coopération* gehört, als in ein „Sparpaket“ der gesamten Regierung.

Reaktion des Cercle

Dass der *Cercle de Coopération* nicht einfach still bleiben und auf die zwei Wochen später stattfindende Kooperationsdebatte warten konnte, ist verständlich. Schließlich waren im Zukunftspaket aus heiterem Himmel massive Einschnitte in die Finanzsituation seiner Mitglieder verkündet worden, ohne dass es zusätzliche offizi-

elle Erklärungen gab. Einige Tage später gab die Plattform daher eine Pressemitteilung heraus mit der Überschrift: „Das Zukunftspaket bedroht die Zukunft der ONGs“. Darin wurde vorgerechnet, wie sich die geplanten Abänderungen auf die Finanzsituation der ONGs auswirken können.

Im Extremfall, so der *Cercle*, würde eine mittlere ONG doppelt so viele Spenden sammeln müssen, wie bislang, oder aber ihre Überweisungen an ihre Partner in den Entwicklungsländern um die Hälfte reduzieren. Insbesondere die Kürzung der Zuschüsse für administrative Kosten würde einer weiteren Professionalisierung der ONGs, die doch von allen erwünscht sei, zuwider laufen. Am Ende der Mitteilung stellte der *Cercle* die Frage, was mit den eingesparten Geldern passieren würde, da das Gesamtvolumen des Entwicklungsbudgets ja gleich bleibe. Hintergrund war die Befürchtung, dass die Regierung versuchen könnte, Unkosten aus anderen Politikbereichen, z.B. aus der Migrations-, Klima- oder Verteidigungspolitik, unter Entwicklungshilfe zu verbuchen. Auf diese Weise hätte sie trotz gleich blei-

Mesure	Economie 2015	Economie 2016	Economie 2017	Economie 2018
ONGs luxembourgeoises: Diminution de 15 % à 12 % du plafond de frais éligibles au titre des frais administratifs par rapport au total des frais d'un projet, pour le calcul de la participation au titre des frais administratifs	0	700.000	710.000	720.000
Réduction des taux de cofinancement des projets ONG	0	1.660.000	1.776.000	1.842.000
Diminution du taux de cofinancement des accords-cadres ONG	0	673.000	781.000	1.076.000

Tableau: budget.public.lu

► Die „Sparmaßnahmen“, so wie sie im Zukunftspaket angekündigt wurden. Zwei Wochen lang blieben diese 3 Zeilen in einer Tabelle die einzige offizielle Information über die geplante Abänderung der Finanzierungsbedingungen für ONGs.

bendem Entwicklungsbudget reale Einsparungen für den Staatshaushalt erreichen können.

Maßnahmen zu den administrativen Kosten

Die Absenkung der Obergrenze für administrative Kosten von derzeit 15% auf 12% scheint auf den ersten Blick nur eine marginale Veränderung mit sich zu bringen. Durch die Hebelwirkung der Kofinanzierung, die bei den administrativen Kosten bei 66% liegt, steigert sich die Wirkung jedoch enorm.

Wie untenstehender Kasten zeigt, würde eine ONG, die ein Projektvolumen von 1 Million Euro hat, rund 20.000 Euro an Zuschüssen verlieren, das heißt rund 20% weniger staatliche Unterstützung in diesem Bereich erhalten. Diese Rechnung basiert allerdings auf der Annahme, dass diese ONG bereits heute administrative Kosten von 15% seines Projektvolumens abrufen, was laut Ministerium nur für 22 von rund 90 ONGs der Fall ist. Allerdings sind natürlich auch jene ONGs betroffen, deren administrative Kosten derzeit zwischen 12% und 15% liegen.

Die Senkung dieser Zuschüsse ist problematisch, weil diese Kosten vor allem durch Gehälter hervorgerufen werden. Vereinfacht dargestellt, werden damit die Löhne jener Personen abge-

deckt, die in Luxemburg für die Projektbegleitung nötig sind, sowie die Mieten der Büros und das Büromaterial. Da es bei Mieten und Telefonkosten jedoch kaum Sparpotential gibt, werden einige ONGs gezwungen sein, Mitarbeiter zu entlassen. Geht man von einem mittleren Bruttolohn von 50.000 Euro und einer gesamten Einsparung von 700.000 Euro pro Jahr aus, so wie im Zukunftspaket beschrieben, würden demnach rund 10-14 Personen ihren Job verlieren. Hält man sich zusätzlich vor Augen, dass von den ONGs immer größere bürokratische Auflagen verlangt werden und man gleichzeitig auf eine Qualitätsverbesserung ihrer Arbeit drängt, erscheint dieses Vorhaben tatsächlich als kontraproduktiv.

Wie Minister Schneider in seiner Rede vor dem Parlament erklärte, soll diese Maßnahme vor allem dazu dienen, dass mehr Geld in den Entwicklungsländern ankommt und dagegen kann man auf den ersten Blick nicht viel einwenden. Allerdings wird sie die ONGs sehr unterschiedlich treffen, da diese nun mal sehr unterschiedlich strukturiert sind. Eine ONG, welche die Projekte von Mitarbeitern in den Entwicklungsländern begleiten lässt, kann deren Gehälter in die Projektausgaben einrechnen und noch zusätzlich administrative Kosten von 15% in Luxemburg abrufen; eine Möglichkeit, die andere

ONGs nicht haben, vor allem jene, die zusätzlich noch in der Bildungsarbeit aktiv sind. Auch hat eine ONG, die ihren Sitz in Luxemburg-Stadt hat und ihren Mitarbeitern einen fairen Lohn bezahlt, automatisch höhere administrative Kosten als eine ONG, die eine Miete in der Peripherie und nur den Mindestlohn bezahlt. Diese Maßnahme wird demnach manche ONGs viel stärker treffen als andere und dabei nicht unbedingt jene, die vielleicht tatsächlich eine aufgeblähte Verwaltung haben.

Abänderung der Kofinanzierungsraten

Im Gegensatz zu der Kürzung der Zuschüsse für administrative Kosten sind die Angaben im Zukunftspaket zu einer Abänderung der Kofinanzierungsraten sehr vage gehalten. Derzeit subventioniert der Staat einzelne Projekte mit 66% - beziehungsweise mit 75%, wenn das Projekt in einem der 9 Partnerländer der luxemburgischen Kooperation stattfindet. Die mehrjährigen Rahmenabkommen (accord-cadre), wie sie vor allem mit mittleren und großen ONGs abgeschlossen werden, subventioniert der Staat in Höhe von 80%. Inwiefern und auf welche Prozentsätze diese Kofinanzierungsraten schlussendlich gesenkt werden, darüber gibt es vorerst noch keine Angaben. Klar ist jedoch, dass jeder Prozentpunkt große Auswirkungen auf die Finanzlage der ONGs hat. Minister Schneider gab nur an, dass er eine Konzentration der ONG-Arbeit in den LDC-Ländern fördern will, indem er die Subventionen für Projekte in Nicht-LDC-Ländern herabsetzt. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von derzeit 49 Staaten, die als „am wenigsten entwickelt“ gelten (Least Developed Countries - LDC). Es sei klar, dass man ein ONG-Projekt in Brasilien, das zu den aufstrebenden Schwellenländern gehört, in Zukunft weniger stark unterstützen wolle, als ein ONG-Projekt in Malawi, das zu den ärmsten Ländern des Globus gehört.

zoom

Auswirkung der Kürzung der Zuschüsse für administrative Kosten

Bislang:

Gesamtvolumen der Projekte der ONG X: 1.000.000 EUR

Anrechenbare administrative Kosten: 15% von 1.000.000 EUR = 150.000 EUR

Staatlicher Zuschuss für adm. Kosten: 66% von 150.000 EUR = 99.000 EUR

Laut Zukunftspaket:

Gesamtvolumen der Projekte der ONG X: 1.000.000 EUR

Anrechenbare administrative Kosten: 12% von 1.000.000 EUR = 120.000 EUR

Staatlicher Zuschuss für adm. Kosten: 66% von 120.000 EUR = 79.200 EUR

Auch diese Argumentation klingt auf den ersten Blick einleuchtend, doch die ONGs haben gute Gründe, sie abzulehnen. Dass Luxemburg keine bilaterale Hilfe für Brasilien leistet, ist folgerichtig. Doch die ONGs funktionieren nach einer anderen Logik: Sie arbeiten nicht mit Regierungen zusammen, sondern mit lokalen Gemeinschaften. Die Armut in

genannt, nur waren sie leichter zu überhören. Der Schlüsselsatz in seiner Erklärung, der die ganze Diskussion um die ONG-Reformen zusammenfasst, ist folgender: „Den Deel fir d'ONGen an der aide publique au développement, deen am Moment ongeféier 20% ass, an 16% fir d'lëtzebuurger ONGen, gëtt also just anescht ausginn, anescht opgedeelt. Et

„Sparmaßnahmen“ entschieden, die alle Organisationen gleichermaßen treffen, nur das sie das in der Praxis nicht tun. Die Senkung der Obergrenze bei den administrativen Kosten, sowie die Senkung der Kofinanzierungsraten nach einem einfachen geographischen Kriterium, sind zwar technisch leicht umzusetzen, doch die realen Auswirkungen hat man nur ungenügend berücksichtigt.

Die eigentlichen Gründe, die etwas profaner sind, hat Minister Schneider im Parlament ebenfalls genannt, nur waren sie leichter zu überhören.

den großen Schwellenländern ist oft nicht weniger schockierend, als in den LDC-Ländern. Einer Familie, die unter dem Existenzminimum vegetiert, ist es egal, wie hoch die Wirtschaftsleistung ihres Landes von Experten eingeschätzt wird. Daneben haben ONGs nicht nur eine wichtige Funktion bei der Armutsbekämpfung, sondern auch bei der Durchsetzung von Menschenrechten, und diese werden in den makroökonomischen Statistiken nicht berücksichtigt.

Auch kann diese Politik die Effizienz der ONG-Arbeit insgesamt beeinträchtigen. Die geographische Lage besagt ja nichts über die Qualität des Projekts und so könnten eventuell Projekte „bestraft“ werden, welche überdurchschnittlich gute Resultate zu verzeichnen haben. Negative Auswirkungen wird diese Konzentration auch auf die Sensibilisierungsarbeit und die politische Arbeit der ONGs haben. Auf die Aufzählung weiterer Gründe, muss hier aus Platzmangel verzichtet werden.

Am budgetären Limit

Kooperationsminister Romain Schneider wies immer wieder darauf hin, es gehe bei diesen Maßnahmen um eine Steigerung der Effizienz. Die eigentlichen Gründe, die etwas profaner sind, hat er im Parlament ebenfalls

muss een soen, dass och nei ONGen dobäi kommen, nei Accord-cadren ofgeschloss ginn, an dass et jo richtig muss sinn, dass jiddereen eng Part vun deem Kuch kann kréien.“

Das Kooperationsbudget wird in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht steigen und man will den Anteil der ONG-Ausgaben auf 16% begrenzen. Der Kuchen wird also nicht größer, der Bedarf hingegen steigt: Es kommen immer wieder neue ONGs hinzu und immer mehr ONGs steigen von einer einfachen Kofinanzierung (66%, bzw. 75%) auf ein Rahmenabkommen (accord-cadre, 80%) um. Dies führt dazu, dass man entweder einigen Akteuren in Zukunft Nein sagen muss, was politisch schwierig ist, oder aber die Kofinanzierungsraten insgesamt senkt, um sich wieder eine Finanzierungsmarge zu schaffen.

Würde man den ONG-Kuchen rein nach dem Gesichtspunkt der Effizienz aufteilen, würden voraussichtlich am Ende nur noch wenige ONGs übrig bleiben, welche Projekte wie am Fließband auflegen. In diese Richtung kann und will Minister Schneider nicht gehen: Einerseits würde er damit die wertvolle Diversität der luxemburgischen ONG-Landschaft zerstören, andererseits käme eine solche Vorgangsweise einem politischen Selbstmord gleich, da die ONGs auf lokaler Ebene stark verankert sind. Also hat das Ministerium sich für

Verhandlungen mit dem Cercle

In der Parlamentsdebatte hatte der Kooperationsminister angekündigt, den Dialog mit dem *Cercle de Coopération* zu suchen und tatsächlich fand am folgenden Tag ein erstes Treffen mit den ONG-Vertretern statt. Dabei zeigte sich Romain Schneider sehr offen für alternative Vorschläge und unterstrich, dass noch keine endgültige Entscheidung getroffen sei und man über alles reden könne. Zumindest in der Frage der administrativen Kosten zeichnet sich mittlerweile ein vorsichtiges Umdenken ab, da das Ministerium erkannt hat, dass die geplante Maßnahme zahlreiche unerwünschte Nebenwirkungen hätte.

An einer Senkung der Kofinanzierungsraten für ONG-Projekte in Nicht-LDC-Ländern hält man hingegen vorläufig fest. Die politisch Verantwortlichen scheinen nach wie vor überzeugt zu sein, dass eine Konzentration der ONG-Arbeit in diesen Ländern Sinn macht und außerdem ist diese Vorgangsweise sehr leicht umzusetzen. Inwiefern hier ein Richtungswechsel möglich ist, hängt von sinnvollen Alternativvorschlägen ab. Zumindest besteht derzeit kein übermäßiger Zeitdruck. Laut Romain Schneider würden die konkreten Verhandlungen erst nach dem ereignisreichen Jahr 2015 beginnen und die Umsetzung, für die ja auch eine Abänderung der Gesetzeslage notwendig ist, sei erst ab 2017 geplant. ■

Marc Keup ist Mitglied der ASTM.

Green Climate Fund

Die Mongolei zahlt mehr als Belgien und Österreich

Auf dem Klimagipfel 2009 in Kopenhagen hatten die Industrieländer versprochen, den Entwicklungsländern Gelder für Projekte zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel zu geben, die bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar jährlich ansteigen sollen. Zur Umsetzung wurde der Green Climate Fund geschaffen.

Dietmar Mirkes

Am 20.11.14 ging in Berlin die erste Konferenz zur Kapitalausstattung des Green Climate Funds zu Ende, der ausreichend finanzielle Zusagen bringen sollte, damit der Fonds seine Arbeit aufnehmen kann. Als Ziel wurde ein Betrag von 10 Milliarden US-Dollar angepeilt, die Entwicklungsländer hatten mindestens 15 Milliarden gefordert. Nebenstehende Tabelle zeigt die derzeitigen finanziellen Zusagen.

In der Summe sind also 9,3 Milliarden US-Dollar zusammengekommen, allerdings nur auf den ersten Blick: Die USA als größter Geldgeber machen den Großteil ihrer zugesagten 3 Milliarden US-Dollar davon abhängig, wie die Mittel verwendet werden, Großbritannien rechnet sich seinen Beitrag voll auf die Entwicklungshilfe an, Frankreich gibt ein Viertel seiner Milliarde als Darlehen, etliche Staaten gaben die Zusage vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments und einige Staaten geben einen mehrjährigen Geltungsbereich an, d.h. geben in den nächsten drei, vier Jahren nichts mehr. Peinlich für Industriestaaten wie Australien, Österreich oder Belgien, die noch keine Zusage gegeben haben, ist, dass sogar einige Entwicklungsländer wie Mexico, die Mongolei, Indonesien und Panama Gelder versprochen haben. Und – was man nie vergessen darf – Zusagen sind noch keine Überweisungen!

Mehr als „Band-Aid“ nötig

Insgesamt ist es von diesem Betrag noch ein sehr weiter Weg bis zu den



► Umweltministerin Carole Dieschbourg hatte im September eine Zusage von 5 Millionen Euro an den Green Climate Fund gemacht.

versprochenen 100 Milliarden US-Dollar in 2020, aber ein erster Schritt ist immerhin getan. Brandon Wu von ActionAid USA, einer der beiden NGO-Vertreter im Vorstand des Green Climate Fund, kommentiert denn auch: „Die Zusagen sind sehr willkommen und an wichtiger erster Schritt, die Bedürfnisse derjenigen zu befriedigen, die am meisten durch den Klimawandel verwundbar sind. Aber da die Klimakrise sich von Jahr zu Jahr verschärft, stellen diese Beiträge im Moment allerhöchsten eine Art Band-Aid auf eine Wunde dar, die immer weiter aufklafft; sie reichen nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf vor Ort abzudecken. Die reichen Länder subventionieren die fossilen Brennstoffe

alljährlich mit Dutzenden von Milliarden und können es sich gut leisten, viel mehr zu geben. Klimafinanzierung ist eine moralische und legale Verpflichtung – es geht hier um Leben und Existenzen, und die reichen Länder müssen sich verpflichten, das Geld bereitzustellen, das im Kampf gegen den Klimawandel nötig ist.“¹

Nur große Fonds und Staaten als Akteure?

Es drängt sich noch eine ganz andere Frage auf: In Berlin haben Vertreter von Staaten über staatliche Gelder beschlossen, die an einen zentralen Fonds gehen, doch nirgendwo steht geschrieben, dass ausschließlich Gelder an diesen Fonds für die 100 Milliarden zählen. Viele Organisationen der Zivilgesellschaft verfügen über das notwendige Know How und Kontakte in die Entwicklungsländer, um sofort loslegen zu können. Der Green Climate Fund ist zwar das Flaggschiff der Klimafinanzierung, aber eben nicht das einzige Instrument. Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Klimafinanzierungsfonds und Hunderte von NGOs, die imstande sind, Reduktions- und Anpassungsprojekte in Entwicklungsländern zusammen mit ihren dortigen Partnern ohne langen institutionellen Vorlauf zu realisieren.

Und wo steht Luxemburg?

Die Umweltministerin Carole Dieschbourg hat bereits auf dem „Ban Ki-moon Gipfel“ der UN im September in New York angekündigt, dass Luxemburg 5 Millionen Euro gibt, und zwar als Zuschuss ohne Bedingung: „Dieser Beitrag mag zwar

bescheiden erscheinen, aber mit fast 10 EUR pro Einwohner ist er vergleichbar mit dem anderer Länder. Er zeigt auch den Wunsch Luxemburgs, seine Unterstützung für die Entwicklungsländer schrittweise aufzustocken. Darüber hinaus wird Luxemburg weiterhin erkunden, welche Möglichkeiten sich durch Public-Private Financing ergeben. Die Mittel, die Luxemburg weiter geben wird, werden auch zukünftig zusätzlich zur Entwicklungshilfe sein, die bei 1% unseres Bruttonationaleinkommens liegt.”

Diese 5 Millionen Euro sind natürlich zu begrüßen, doch der Weg zu einem fairen jährlichen Beitrag von gut 50-55 Millionen Euro in 2020 ist steil: Er würde bedeuten, dass Luxemburgs Beitrag in den kommenden sechs Jahren jährlich um mindestens 7,5 Mio. EUR steigen müsste (also 2015 12,5 Mio. EUR, 2016 20 Mio EUR etc.).

Die gute Nachricht ist: Das Geld ist da! Der Kyoto-Fonds, aus dem es stammen wird, hat jährliche Einnahmen von fast 150 Millionen Euro, die bisher fast nur für den Erwerb von Emissionsrechten verplempert wurden. Luxemburg wird zwar nicht drumherum kommen, auch weiterhin Rechte einzukaufen, braucht aber dafür viel weniger Geld. Denn erstens ist der Erwerb auf maximal rund 3 Millionen Emissionsrechte bis 2020 gedeckelt, zweitens hat sich die Regierung in ihrer Regierungserklärung festgelegt, auf den Erwerb von “Heiße Luft”² zu verzichten, und drittens ist der Preis der Rechte – selbst bei “teuren” Rechten aus Gold Standard-Projekten – durch den Zusammenbruch des Emissionshandels von um die 25 Euro pro Tonne auf rund 5 Euro pro Tonne gefallen.

Jetzt ist der Moment, sich festzulegen!

Die schwache Performance der meisten Industriestaaten bei den Zusagen in Berlin hat auch ein Gutes: Sie eröffnet für Luxemburg die Chance,

Staat	\$ USD	Bemerkungen
Vereinigte Staaten von Amerika	3 Mrd.	Max. 30% davon sind fest zugesagt, USA knüpfen aber Bedingungen an die Verwendung des Rests.
Japan	1,5 Mrd.	Abhängig von Zusage des Parlaments.
Großbritannien	1,126 Mrd.	Vollständig auf Entwicklungshilfe angerechnet.
Frankreich	1,035 Mrd.	225 Millionen EUR als Darlehen, 55 Millionen EUR als Kapitalkissen.
Deutschland	940 Mio.	Zuschuss.
Schweden	580 Mio.	Zuschuss, der aber noch vom Parlament bewilligt werden muss.
Italien	313 Mio.	Zuschuss.
Kanada	265 Mio.	
Niederlande	134.8 Mio.	Zuschuss. Für 4 Jahre gegeben.
Norwegen	130 Mio.	Zusätzlicher Zuschuss zu vorheriger Zusage.
Finnland	100 Mio.	Zuschuss, der aber noch vom Parlament bewilligt werden muss.
Südkorea	100 Mio.	Zuschuss bis 2018.
Schweiz	100 Mio.	In 3 Tranchen zwischen 2015-2017.
Dänemark	71.6 Mio.	Zuschuss.
Spanien	16.3 Mio.	13 Millionen EUR Barzuschuss, dem ein mehrjähriger Zuschuss folgen wird.
Mexiko	10 Mio.	
Luxemburg	6.3 Mio.	
Tschech. Rep.	5.5 Mio.	
Neuseeland	3 Mio.	
Panama	1 Mio.	
Monaco	0,312 Mio.	
Indonesien	0,3 Mio.	
Mongolai	0,05 Mio.	
Polen		Wird Ende 2014 verkündet.

Quelle: CAN-Europe

jetzt durch eine langfristige Festlegung mit jährlichen Zuwächsen ein unübersehbares Zeichen zu setzen. Dies würde der Regierung eine glaubwürdige Ausgangsposition schaffen, um die Klimapolitik während der EU-Präsidentschaft zu einer Priorität zu machen – so wie sie es ja im Regierungsprogramm versprochen hat. Es würde sicherlich

auch unserem internationalen Ansehen nicht schaden. ■

Dietmar Mirkes ist Mitglied der ASTM

(1) siehe www.actionaidusa.org/ Ein erläuterndes Video zu diesem Thema findet sich auf www.climnet.org/fundwhatcounts/.

(2) Als “heiße Luft” bezeichnet man Emissionsrechte, die von osteuropäischen Ländern nicht gebraucht und deshalb an west-europäische Länder verkauft werden.

Plateforme des ONG

Le Cercle de Coopération fait peau neuve !

Le Cercle de Coopération des ONG de développement vient de sortir son plan stratégique 2015-2019¹. A travers une réflexion stratégique, le Cercle de Coopération a revisité l'ensemble de ses actions afin de mieux préparer l'avenir et de mieux répondre aux besoins des 75 ONG membres de cette plateforme créée en 1979.

Une belle anticipation de la part du Cercle qui en 2015 va mener de front, ensemble avec les autres acteurs de la Coopération luxembourgeoise, des actions dans le cadre de l'Année Européenne pour le Développement 2015 et de la Présidence du Conseil de l'Union européenne en 2ème moitié de 2015.

Le Cercle de Coopération a déployé sa stratégie sur 4 missions essentielles :

Dynamiser la vie associative au sein du Cercle

Deux d'entre elles sont orientées vers ses membres. Il s'agit de renforcer la dynamique de la vie associative et de promouvoir les bonnes pratiques dans le secteur de la coopération internationale. „Concrètement, nous souhaitons créer plus de moments d'échanges et de rencontres pour stimuler les synergies entre ONG et les amener à travailler de manière concertée. Des espaces de convivialité permettent d'être plus proches et plus à l'écoute de nos membres“ explique Armand Drews, président du Cercle.

Promotion des bonnes pratiques dans la coopération internationale

Pour ce qui est des bonnes pratiques, le chantier est énorme. Le secteur de la coopération est en plein changement de paradigme. D'une vision anciennement paternaliste envers les pays du Sud, les débats tournent autour du changement social et de l'accompagnement des partenaires du Sud face à ces nouveaux enjeux. Il est question aussi d'efficacité de l'aide. Le Cercle veut être la courroie de transmission entre les débats internationaux et ses membres et renforcer les capacités de ceux-ci pour amorcer cette nouvelle vision du développement.

Défense d'un développement juste et durable

De ces questions, découlent les deux autres missions, tournées plus vers l'extérieur. Dans un monde de plus en plus globalisé, nos règles et nos comportements individuels et collectifs ont un impact sur les pays du Sud. Le

Cercle réaffirme dès lors sa défense d'un développement juste et durable. „Cette défense passe par un travail de plaidoyer politique envers les institutions publiques, comme par exemple la publication du baromètre „FairPolitics“ qui traite de la cohérence des politiques luxembourgeoises avec l'engagement en faveur de la lutte contre la pauvreté et les inégalités.“ explique Christine Dahm, directrice du Cercle.

Sensibilisation de la population luxembourgeoise

Ce travail de plaidoyer n'est légitime que s'il s'appuie sur et est accompagné par une sensibilisation de la population luxembourgeoise qui se sent concernée. C'est pour cette raison que le Cercle s'est donné comme quatrième mission de sensibiliser la population luxembourgeoise aux problématiques de développement. Il s'agit d'une nouvelle mission et d'un nouveau défi pour le Cercle.

Pour réussir cette nouvelle mission, l'Année Européenne pour le Développement et la Présidence du Conseil de l'Union européenne sont une magnifique rampe de lancement pour sensibiliser les Luxembourgeois aux questions de développement.

L'Année Européenne pour le Développement sera officiellement lancée lors d'une conférence de presse le 12 janvier et d'une cérémonie d'ouverture le 14 janvier. ■

Communiqué du Cercle de Coopération

1) A télécharger sur www.cercle.lu (http://cercle.lu/wp-content/uploads/2013/10/Plan-strat%C3%A9gique-2015-2019_final.pdf)



Photo: Coopération luxembourgeoise

► Le président du Cercle de Coopération Armand Drews.

Stop-TTIP: Plainte à la Cours de Justice

Plus de 290 organisations de la société civile de toute l'Europe, dont les organisations luxembourgeoises membre de la plateforme Stop-TTIP, ont déposé plainte auprès de la Cour de justice européenne à Luxembourg. Elle a pour objet la non-approbation de l'initiative européenne citoyenne (ICE) „Stop TTIP“ contre les

accords de libre-échange avec les États-Unis et le Canada, TTIP et CETA. L'ICE demande à la Commission européenne (CE) l'arrêt des négociations sur le TTIP et de ne pas ratifier l'accord CETA. La CE avait rejeté la demande d'enregistrement de l'initiative citoyenne européenne avec des arguments juridiques.



Photo: ICE



Photo: flickr.com CC

Luxembourg-BEI: Nouveau protocole d'accord

Le ministre des finances Pierre Gramegna, le ministre Romain Schneider et le président de la Banque européenne d'investissement, Werner Hoyer, ont signé un protocole d'accord entre l'État luxembourgeois et la BEI. Dans le cadre de cet accord, 3,6 millions d'EUR de subsides seront mis à disposition à

l'appui d'institutions de microfinance dans les pays d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique, y compris ceux touchés par l'épidémie d'Ebola. Dans le cadre des trois précédents protocoles d'accord, ce sont plus de 8 millions d'EUR qui sont allés à l'appui de 25 projets de microfinance dans 17 pays.

Accord: De l'énergie durable pour le Cap Vert

Le Commissaire au Développement Andris Piebalgs, ainsi que des représentants du Cabo Verde, d'Espagne, du Portugal, de l'Autriche et du Luxembourg ont procédé à la signature d'une déclaration conjointe sur une coopération renforcée en matière d'énergie durable. Les signataires s'engagent

à fournir au Cap Vert des assistances techniques pour mettre à jour son cadre stratégique et juridique, préparer des projets concrets, assurer le transfert des compétences et technologies et mobiliser le secteur privé et les institutions financières pour des investissements en énergie durable.



Photo: flickr.com CC



Photo: ASTM

Chambre des Députés: Pétition sur la Palestine

Une pétition a été déposée à la Chambre des Députés demandant au gouvernement luxembourgeois une reconnaissance de l'Etat de Palestine (pétition N°462). Elle devra recueillir 4500 signatures jusqu'au 26 décembre pour être débattue en plénière au Parlement. Pour signer la pétition et donc soutenir cette proposition, il faut

être âgé au moins de 15 ans et être inscrit dans le registre national des personnes physiques. „Les condamnations verbales des gouvernements ne suffisent pas ; il faut des actes politiques concrets. Il n'y peut avoir de paix sans la reconnaissance d'un Etat palestinien“, estime le texte de la pétition.

Cambodge

Entretien avec Neth Prak: „Le gouvernement vole nos terres et dit que c'est du développement“

Neth Prak est le représentant d'un groupement de villageois bunong du Cambodge qui se battent pour leurs droits face à des entreprises auxquelles le gouvernement cambodgien a octroyé des concessions économiques qui empiètent largement sur leurs terres. Les Bunong habitent dans la province de Mondulkiri, sur les hautes terres près de la frontière avec le Vietnam et font partie des environ 2% de la population nationale considérées comme étant des „minorités autochtones“. Le Brennpunkt s'est entretenu avec lui sur l'apparition de ces entreprises et des implications qu'elles ont eues sur le quotidien des Bunong.

■ *Pour commencer, pouvez-vous expliquer ce qui distingue les Bunong des Khmers, c'est-à-dire de la population majoritaire du Cambodge ?*

Neth Prak : On pourrait énumérer de nombreux aspects. Par exemple, nous avons une langue qui est différente de la langue nationale. Nous avons aussi d'autres pratiques spirituelles. Alors que les Khmers sont bouddhistes, nous nous adressons à nos ancêtres, aux âmes du riz et aux dieux-esprits qui habitent les forêts, les montagnes, les fleuves... Certains Bunong se sont convertis au christianisme, mais il s'agit d'un christianisme bunong toujours très lié à notre environnement. Nous nous organisons de nombreuses cérémonies, notamment au cours du cycle rizicole.

■ *Quel est le mode de vie des Bunong ?*

Traditionnellement, nous vivons surtout de l'agriculture itinérante sur brûlis, c'est-à-dire qu'en général nous travaillons pendant 3-4 ans sur un champs puis nous le laissons en jachère pour commencer sur un autre et après quelque temps nous revenons sur un de nos anciens champs. À côté de l'agriculture, une grande partie de nos ressources provenaient pendant longtemps de la forêt. Nous y allions à la chasse, cueillir des fruits ou encore extraire de la résine et récolter d'autres produits forestiers non-ligneux.

Depuis une dizaine d'années, notre mode de vie est cependant menacé. Nos



Photo: ASTM

► *Neth Prak est représentant d'un groupement de villageois de la minorité autochtone Bunong au Cambodge. Il est venu en Europe pour défendre leurs terres ancestrales.*

champs et nos forêts ont été en grande partie absorbés par des concessions que le gouvernement a accordées à des entreprises. De plus en plus d'investisseurs privés, dont nous ignorons l'identité, s'accaparent des centaines d'hectares de terre. Voilà notre problème. Nous n'avons plus que peu de place pour nos champs, mais nous continuons largement à mettre en œuvre la même technique agricole. Ça va devenir probléma-

tique parce que dans 3-4 ans, lorsque nos champs ne seront plus fertiles, nous n'aurons plus assez de place pour ouvrir de nouveaux champs. Le manque de place rend impossible de laisser des terres en jachère. De nombreux villageois n'ont déjà plus assez de terres à cultiver pour en vivre et leur nombre va augmenter. Certains ont commencé à travailler pour l'entreprise Socfin, mais il n'y a pas assez de travail pour tout le monde. De plus,

comme nous avons vécu de l'agriculture jusqu'à présent et que la plupart des villageois n'ont pas eu accès à une formation scolaire très poussée, peu de villageois ont les compétences requises pour un travail administratif ou d'un autre type qui pourrait leur permettre de gagner leur vie ailleurs, en ville.

■ *Est-ce que vous pourriez nous expliquer un peu plus en détail qui sont ceux qui viennent s'accaparer des terres et couper la forêt ?*

En fait, le gouvernement cambodgien vend ou concède nos terres de même que ceux des Cambodgiens des plaines à des entreprises sous forme de concessions sans tenir compte du fait que nous y vivons. Les entreprises, quant à elles, se reposent ensuite sur le droit, obtenu du gouvernement, pour exploiter ces terres. Le gouvernement nous vole et dit que c'est du développement.

Parmi les entreprises, il y en a qui sont officielles, d'autres non. Si ces dernières ont obtenu des terres, c'est notamment en ayant joué la carte de la corruption. Une des entreprises officielles dont les concessions se trouvent sur nos terres est Socfin, qui est liée au groupe français Bolloré...

■ *...et basée au Luxembourg pour des raisons d'optimisation fiscale.*

Oui. La Socfin dispose d'environ 12 000 hectares dans notre région, ce qui est énorme. C'est l'entreprise qui y détient la plus grande superficie. Dak Lak, une entreprise d'hévéa vietnamienne, détient aussi une concession autour de Bu Sra, et à ceci s'ajoutent de multiples entreprises anonymes.

A côté des entreprises, des migrants viennent des plaines et achètent quelques hectares pour ensuite s'étendre bien au-delà. Finalement le gouvernement a depuis peu accordé des concessions sociales à des familles des plaines, mais ces concessions se trouvent aussi sur nos terres. Lorsque nous nous plai-

gnons, les autorités locales nous menacent.

■ *En ce qui concerne les concessions, les villageois en ont-ils été informés au préalable ou se sont-ils rendu compte de leur installation avec l'arrivée des bulldozers ?*

Seulement deux entreprises, Socfin et Dak Lak, ont introduit leur projet au préalable et nous ont fait de belles promesses, disant que nous aurions des routes, du travail, de meilleures conditions de vie... Mais beaucoup d'entreprises commencent à travailler sans prévenir.

■ *Bénéficiez-vous, en tant que Bunong, d'une quelconque protection de la part du gouvernement ou vous trouvez-vous plutôt face à un laisser-faire désengagé ?*

Officiellement, le gouvernement cambodgien est signataire de la déclaration des Nations Unies sur les Droits

des Peuples Autochtones. A cela s'ajoute que dans la loi foncière de 2001, certains articles concernent la protection des minorités autochtones, notamment à travers l'octroi de titres fonciers communautaires. Depuis 2009, il existe même un cadre légal pour le développement des minorités autochtones qui paraît très positif, mais qui n'est pas mis en pratique. Cela permet seulement au gouvernement de faire semblant vis-à-vis des acteurs étrangers.

■ *Je voudrais revenir sur les Bunong qui vendent leurs terres à des privés, pourquoi est-ce qu'ils vendent ? Est-ce parce qu'ils touchent une importante somme d'argent ?*

Pour certains c'est à cause de l'argent. Depuis que la guerre est finie et avec l'élaboration de l'infrastructure routière, des personnes au mode de vie moderne viennent des basses terres à Mondulkiri, conduisant de grandes voitures et exhibant une certaine aisance. Beaucoup des Bunong sont attirés par



Photo: Catherine Scheer

► *Souvent les populations locales se rendent compte que leurs forêts vont être rasées uniquement lorsque les bulldozers commencent leurs travaux.*

ces nouveautés. Lorsque quelqu'un les aborde pour acheter leurs terres et leur propose de l'argent, certains acceptent. Ils vendent leurs terres et s'achètent par exemple une moto, une télé, peut-être même une voiture.

Une autre raison est qu'avant que les entreprises n'arrivent sur le terrain, des personnes influentes ont demandé aux chefs de district et de commune de dire aux habitants de vendre leurs terres s'ils voulaient éviter de les perdre suite à leur intégration dans un projet de développement gouvernemental. Il y a aussi eu des menaces. Beaucoup de personnes ont eu peur de perdre leurs terres et de se retrouver avec rien du tout, et ont alors vendu ce qu'ils avaient. Ces mesures ont mené à diviser les villageois, à créer des conflits. Lorsque les entreprises sont arrivées sur le terrain, il y avait donc beaucoup de confusion au sujet de la propriété des terres.

■ *Mais reste-t-il tout de même des villageois qui s'opposent à ces entreprises, qui organisent des manifestations, ou est-ce qu'on est face à une sorte de résignation ?*

Non, il y a des villageois qui réagissent, même vigoureusement. Au moment de l'installation de Socfin et du défrichement des terres, fin 2008 – 2009, de nombreuses personnes se sont réunies pour manifester et pour négocier, à de multiples reprises, avec des représentants de l'entreprise, malheureusement sans beaucoup de succès.

Depuis le début des travaux, les bulldozers envoyés par cette entreprise ont détruit et démolé beaucoup de nos endroits sacrés ; nos forêts investies d'esprits, nos forêts-cimetière... jusqu'à en faire ressortir les os de nos ancêtres décédés.

■ *N'étaient-ils pas au courant qu'il y avait un cimetière ?*

Si, ils le savaient. Ils avaient relevé ces endroits sur leurs cartes et les avaient

déjà partiellement marqués. Mais ils y sont tout de même passés avec leurs bulldozers pour ensuite s'excuser et préserver seulement une petite partie de l'endroit donné. Ça ne s'est pas produit qu'une seule fois, jusqu'à présent ils ont détruit au moins dix endroits sacrés. Voilà ce qui est en train de nous arriver et maintenant je viens pour négocier avec Bolloré à Paris.

■ *Qu'est-ce que vous vous attendez de cette réunion ?*

Je ne sais pas. Je ne pense pas que nous aboutirons à grand chose. Je viens parce que les villageois m'ont envoyé comme leur représentant et je ferai de mon mieux lors des négociations avec Bolloré le 23 et 24 octobre.

■ *De manière plus générale, comment voyez-vous le futur des Bunong ? Est-ce que vous pensez que votre mode de vie va être à jamais perdu ou*

que vous pouvez en préserver quelque chose ?

En ce moment nous avons besoin de personnes de l'extérieur qui nous soutiennent parce que ce qui est en train de nous arriver est un désastre. Nous nous sommes organisés à plusieurs et nous avons créé „l'Association Bunong pour un Bon Futur“. Nos principales activités concernent la protection des terres et forêts qui nous restent, la recherche de méthodes agricoles adaptées à notre situation actuelle et le soutien d'enfants du village pour qu'ils puissent aller à l'école et acquérir des connaissances qui leur permettront de revenir au village et de soutenir la communauté. J'espère que cela permettra aux villageois de survivre et de leur redonner une perspective. ■

Propos recueillis par Catherine Scheer (ASTM) et Marc Keup (ASTM).

zoom

Négociations entre le groupe Bolloré et des communautés riveraines des plantations

Le 24 octobre 2014, des représentants de trois des communautés - du Cambodge, du Cameroun, de la Côte d'Ivoire, du Liberia et de Sierra Leone - dont les terres sont affectées par les plantations de Socfin, ont rencontré à Paris des responsables de Bolloré, l'actionnaire principal de cette entreprise basée au Luxembourg. Ont aussi assisté à la rencontre des représentants de l'ONG française React, qui soutient les communautés alliées depuis 2013, ainsi que de la FIDH/Fédération Internationale des Droits de l'Homme, qui a en 2011 publié un rapport sur la situation au Cambodge. Pour commencer Neth Prak et ses deux camarades, Shiaka Musa Sama et Emmanuel Elong, ont dénoncé les pratiques abusives de l'entreprise et ont amené leurs revendications.

Marie Annick Darmaillac, la secrétaire générale adjointe de Bolloré, a accepté de faire suivre la demande d'une évaluation indépendante des conflits fonciers à Socfin, dont il n'y a pas eu de représentant à Paris malgré la confirmation de l'entreprise de participer à la rencontre. On est amené à se demander dans quelle mesure il ne s'agit pas là d'un énième tour de passe-passe entre les multiples composantes d'une même organisation. Les membres de l'alliance ont quant à eux annoncé que si les promesses n'avaient pas de suites, ils se remettront à manifester dans leur pays respectif. ■

Amérique latine

La société civile demande à l'UE un rôle de leader dans la défense des droits humains

La société civile demande à la nouvelle représentante pour les affaires étrangères de l'UE un leadership respectueux des droits humains en Amérique Latine.

Les réseaux européens de la société civile Aprodev, Cidse, Cifca, Grupo Sur (dont l'ASTM est membre) et Oidhaco félicitent la Haute Représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, Federica Mogherini, pour sa prise de fonction, et dans une lettre, ils soulignent l'importance du fait que, durant son mandat, l'Union Européenne assume un rôle de leader dans la défense des droits humains dans ses rapports avec l'Amérique Latine.

Compte tenu de l'impact des relations entre l'Union Européenne et l'Amérique Latine, une des préoccupations exprimées dans la lettre dirigée à la Haute Représentante Mogherini, est la réduction de l'aide au développement en Amérique Latine, qui pour la période 2014 – 2020 est passée de 16% à 13% par rapport à la période 2007-2013. Les organisations signataires s'inquiètent du „rôle de plus en plus important qui est accordé au secteur privé européen dans la politique de coopération au développement en Amérique Latine”.

L'UE est le deuxième partenaire commercial de l'Amérique Latine. Entre 2001 et 2011, les exportations de matières premières de l'Amérique Latine et des Caraïbes ont augmenté, passant de 44% à 52%, et celles-ci devraient encore s'accroître à la suite de la signature en décembre 2012 de l'accord d'association entre l'UE et l'Amérique centrale et de l'accord de libre-échange entre l'UE et le Pérou et la Colombie, et récemment avec l'Equateur. En ce sens, la lettre à la Haute Représentante de l'Union pour les affaires étrangères met l'accent sur le danger que représentent ces accords „en condamnant l'Amérique Latine à être une grande exportatrice de matières



Photo: flickr.com CC

► La Haute Représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, Federica Mogherini.

premières et une réceptrice de produits manufacturés d'origine européenne”.

En outre, les organisations de la société civile signalent que, lors de ces dernières années, on a pu observer en Amérique Latine une forte augmentation de la tendance à poursuivre, punir, stigmatiser et criminaliser les activités de contestation sociale et les revendications légitimes de ceux qui promeuvent et défendent les droits humains, et elles précisent que „ces violations des droits humains surviennent aussi dans le contexte des grands projets d'investissement économique européen”. En ce sens, elles insistent sur la nécessité de „se conformer aux directives de l'UE relatives à la responsabilité des entreprises européennes dans leurs investissements à l'étranger”.

Finalement, et parmi de nombreuses autres recommandations, les organisations signataires de la déclaration appellent à ce que l'Union Européenne s'assure que, dans le dialogue politique et les politiques de coopération au développement de l'UE avec l'Amérique Latine, soient pris en compte les taux élevés de pauvreté et d'inégalité existants dans la région, et qu'ils s'appliquent au moyen d'une approche basée sur les droits „en plaçant l'intérêt des personnes au-dessus des intérêts commerciaux”. ■

Communiqué des réseaux européens de la société civile Aprodev, Cidse, Cifca et Grupo Sur.

Rapport

L'UE ne tiendra pas ses engagements en matière d'APD en 2015

Lancé à l'OCDE à Paris la semaine dernière, le neuvième rapport AidWatch de CONCORD, intitulé „Aid Beyond 2015“, alerte les Etats membres sur plusieurs points. Le Luxembourg est leader parmi les pays membres de l'UE en matière d'aide publique au développement en y consacrant 1% de son RNB.

Malgré des défis humanitaires et de développement croissants, tels que la récente épidémie Ebola en Afrique de l'Ouest, l'UE ne sera pas en mesure d'atteindre son objectif de consacrer 0,7% de son RNB à l'aide au développement, accusant un déficit de financement de 41 milliards d'euros. Seuls 4 pays membres ont atteint cet objectif : le Royaume-Uni, la Suède, le Danemark et le Luxembourg. Les budgets consacrés à l'aide sont de plus en plus utilisés pour couvrir des dépenses qui ne participent pas au développement des pays partenaires.

L'aide en hausse mais toujours insuffisante

Malgré un accroissement modéré du budget global consacré à l'aide en 2013, de nombreux pays européens opèrent des coupes dans leurs budgets nationaux consacrés à l'aide publique au développement. De nouvelles réductions de l'aide globale aux pays les plus pauvres, en particulier en Afrique (5 %), sont à craindre d'ici 2016.

Selon Christine Dahm, directrice du Cercle de Coopération, la confédération des ONG luxembourgeoises : „Cette coupe dans le budget consacré à l'aide par de nombreux pays européens ne pouvait tomber à un plus mauvais moment. L'on peut s'estimer heureux que le Luxembourg ne suive pas cette tendance en dépassant l'objectif poursuivi de 0,7 % depuis quelques années. Les urgences mondiales et les défis en matière de développement de plus en plus nombreux poussent de nombreux pays en voie de développement dans

leur dernier retranchement. La récente épidémie Ebola en est un exemple flagrant. Pour les personnes vulnérables, l'aide internationale est vitale car elle répond à des besoins essentiels tels que l'accès aux soins, et de façon générale, le développement à plus long terme“.

Dépenses liées aux migrations internationales

De nombreux pays européens plaident pour que certaines dépenses, notamment celles relatives à la prise en charge des réfugiés, soient comptabilisées dans les montants officiels de l'aide, lors des négociations mondiales ayant en ce moment lieu à l'OCDE. En 2013, les dépenses liées à l'asile, par ailleurs indispensables, s'élevaient à 1,7 milliard d'euros, au titre de l'aide bilatérale des pays membres de l'UE. Les dépenses les plus importantes ont été enregistrées en Suède (514 millions d'EUR), en France (372 millions d'EUR), aux Pays-Bas (274 millions d'EUR), au Danemark (122 millions d'EUR) ainsi qu'en Belgique (118 millions d'EUR).

Selon Peter Sorbom de CONCORD Suède : „Nous constatons de plus en plus une tendance inquiétante qui voit de nombre de pays, comme la Suède, financer les dépenses liées aux migrations internationales avec l'argent provenant du budget normalement dédié à l'aide. Ces dépenses, par ailleurs indispensables, ne devraient pas être comptabilisées comme tel“.

Le Luxembourg – leader européen

Le Luxembourg figure depuis quel-



► Le rapport AidWatch 2015 peut être téléchargé gratuitement sur www.cercle.lu/.

ques années déjà parmi les rares pays européens qui tiennent leur promesse en matière d'APD. La volonté politique de continuer à consacrer 1% du RNB à l'APD est confirmée dans le programme gouvernemental 2013-2018 et même le „Zukunftspak“ récemment annoncé n'y touche pas. ■

Communiqué du Cercle de Coopération Luxembourg

Rapport

Profits cachés – le rôle de l'UE dans le soutien d'un système fiscal mondial injuste

Le rapport publié par Eurodad (European Network on Debt and Development) montre l'impact sévère de la fuite des capitaux sur les pays en voie de développement.

Aussi bien les pratiques illégales d'évasion fiscale, que les pratiques discutables d'optimisation fiscale, font perdre chaque année des sommes colossales aux pays en développement. Ces pratiques permettent aux entreprises de profiter des failles dans le système financier international pour transférer les bénéfices depuis les pays où ils sont créés vers des pays à faible taux de taxation. L'opacité du système financier international permet aux entreprises de dissimuler leurs montages financiers et d'esquiver leur responsabilité fiscale dans les pays pauvres.

Des estimations montrent qu'au niveau mondial, les pays en développement perdent annuellement plus d'argent à travers les pratiques d'évasion ou d'optimisation fiscale, qu'ils reçoivent en aide publique au développement. Des cas concrets qui ont pu être étudiés, p.ex en Zambie, au Ghana, en Afrique du Sud ou au Kenya, montrent que d'importants flux illicites quittent ces pays, portant préjudice à la capacité de ces Etats d'assurer des systèmes sociaux pour leurs populations. Ainsi, contrairement aux idées reçues, l'Afrique est un créancier net par rapport au reste du monde depuis plus de 30 ans.

Le rapport „Profits cachés“

Le nouveau rapport de Eurodad, intitulé „Profits cachés – le rôle de l'UE dans le soutien d'un système fiscal mondial injuste en 2014“, étudie la responsabilité de 15 pays de l'Union européenne dans ces flux illicites des pays du Sud vers les pays du Nord, lesquels vont à l'encontre des efforts de développement et d'éradication de la pauvreté.

Le rapport vérifie si ces pays européens tiennent leurs promesses quand il s'agit de combattre l'évasion fiscale et l'opacité financière dans l'intérêt des pays en développement.

La conclusion du rapport montre que les efforts actuels sont très décevants. Les progrès sont insuffisants et certains pays semblent même faire marche arrière.

La France est actuellement le pays le plus exigeant en matière de transparence et de „reporting“ pour les entreprises multinationales et a activement pris des initiatives sur ces sujets. Cependant, des développements récents semblent indiquer que le gouvernement pourrait faire marche arrière. Sa large panoplie de traités fiscaux a causé une diminution substantielle des taux d'imposition dans les pays en voie de développement, signifiant que des ressources vitales ont été perdues dans ces pays.

L'Allemagne, le Luxembourg, les Pays-Bas, l'Espagne et la Suède sont quant à eux des mauvais élèves en matière de transparence, soit à cause du manque d'information qu'ils donnent sur les bénéficiaires réels des entreprises à un niveau national, soit parce qu'ils résistent aux initiatives européennes pour promouvoir la transparence dans ce sens. Cette attitude aide les entreprises à éviter la taxation et à transférer leurs profits vers d'autres juridictions. L'Espagne a négocié les réductions fiscales les plus importantes à travers des traités fiscaux avec des pays en développement.

Le rapport de Eurodad fait également une série de recommandations aux gouvernements européens pour améliorer la situation. Par exemple,



► Le rapport peut être téléchargé gratuitement sur <http://www.eurodad.org/>.

au niveau de l'Union européenne, des règles devraient être établies qui mettent en place un registre accessible au public qui informe sur l'identité des bénéficiaires effectifs d'entreprises, trusts et structures similaires. Aussi, le rapport propose l'adoption d'un „reporting pays par pays“ pour toutes les grandes entreprises tout en s'assurant que ces informations soient accessibles au public.

L'ASTM soutient le travail de Eurodad dans ce domaine depuis des années. Il est indispensable de considérer les questions de justice fiscale si on analyse les causes du mal-développement, car le manque de recettes fiscales est une des raisons principales pour l'incapacité des pays en développement d'assurer les services sociaux indispensables pour leurs populations. ■

Burkina Faso

Un soulèvement populaire sans précédent au „pays des hommes intègres“

Après quelques jours de manifestations, le Président burkinabé Blaise Compaoré a démissionné le 31 octobre 2014 après 27 ans de pouvoir. Le nouvel homme fort du pays, le lieutenant-colonel Isaac Zida, s'est chargé de mener le pays dans une transition civile qui devrait durer jusqu'aux élections de 2015. Finalement, le 17 novembre, le diplomate Michel Kafando a été choisi comme Président interimaire.

Flavia Fumagalli

Le Président Blaise Compaoré avait déposé à l'Assemblée nationale un projet de loi visant à modifier l'article 37 de la Constitution dans le but de pouvoir être réélu aux élections prévues en 2015. Cela provoqua la colère de la population et un spectaculaire soulèvement populaire poussa ce dernier à démissionner le 31 octobre 2014, après 27 ans de pouvoir.

De violentes discussions avaient lieu régulièrement depuis de longs mois sur la modification de l'article 37 entre opposition et majorité. Cette modification prévoyait que le président du Burkina Faso au lieu d'être „élu pour cinq ans“ au „suffrage universel direct, égal et secret“ et „rééligible une fois“, soit rééligible deux fois. Cela ressemblait aux précédentes modifications effectuées par le président : Blaise Compaoré, arrivé au pouvoir en 1987 par un coup d'Etat, aurait achevé en 2015 son deuxième quinquennat (2005-2015) après avoir effectué deux septennats (1992-2005).

Le départ de Blaise Compaoré

Les événements se précipitèrent à partir du 21 octobre 2014 à Ouagadougou. A la sortie d'un Conseil „extraordinaire“ des ministres convoqué à la dernière minute, Jérôme Bougouma, ministre de l'Administration territoriale nommé, pour l'occasion, porte-parole du gouvernement, déclara que le gouvernement avait déposé un projet de loi afin de réviser la Constitution. Il précisa que le projet de loi soit soumis



► Dans la capitale Ouagadougou, les manifestants révelotés ont notamment mis le feu à l'Assemblée Générale.

à l'Assemblée nationale, en vue de la convocation du référendum dont la date serait fixée après le 30 octobre, date du vote de l'Assemblée nationale. L'idée était que si le projet de loi avait été adopté à la majorité qualifiée, soit par au moins 96 députés sur 127, le texte serait entré directement en vigueur. Par contre, s'il passait à la majorité simple (entre 64 et 95 parlementaires), un référendum aurait été convoqué.

Or, le 25 octobre, le 3ème parti politique du Burkina Faso, l'ADF/RDA, annonçait sa décision de voter en faveur

du projet de loi, évitant ainsi au gouvernement d'avoir recours au référendum. Il semblait évident aux yeux de tous que ce parti avait marchandé son vote.

Cette volonté de la part du Président Compaoré de se maintenir au pouvoir suscita l'hostilité de l'opposition, d'une grande partie de la société civile et de nombreux jeunes de ce pays où plus de 60% des 17 millions d'habitants ont moins de 25 ans. L'opposition cria au „coup d'état constitutionnel“ et annonça une série de manifestations tout en appelant le peuple à bloquer le Parle-

ment le 30 octobre, pour empêcher le vote du projet de loi. Des manifestations pacifiques naquirent spontanément.

Le 28 octobre, l'opposition marqua un point en provoquant une manifestation de grande ampleur, suivie par des centaines de milliers de manifestants, à Ouagadougou, et dans d'autres villes du pays.

Mais c'est le jeudi 30 octobre, jour du vote du projet de loi à l'Assemblée nationale, que les événements se sont précipités. Les manifestations pacifiques tournèrent à l'émeute. Après tant d'années de désespoir, on a parlé de 1 million de personnes qui sont descendues dans les rues. On évoqua quatre morts confirmés de source médicale. En début de matinée, une partie de l'Assemblée nationale fut alors incendiée. Egaleme nt pris d'assaut, les locaux de la Radiodiffusion télévision du Burkina (RTB) furent pillés et les transmissions coupées. De même, l'hôtel Azalaï, où étaient logés tous les députés avant le vote, fut pillé et brûlé. A Bobo Dioulasso, la deuxième ville du pays (sud-ouest), un incendie ravagea la mairie et le siège du parti présidentiel. Le chaos s'installa et à midi, le gouvernement annonça l'annulation de la révision du projet de loi. Puis, dans l'après-midi, l'armée dissout le gouvernement et l'Assemblée.

Blaise Compaoré essaya bien de résister un peu, mais il céda finalement et, le vendredi 31 octobre, „le grand baobab“, comme il était surnommé, le partenaire majeur de la diplomatie internationale en Afrique (actuellement médiateur au Mali où la France est engagée dans une intervention militaire compliquée), communiqua qu'il quittait la présidence...

L'armée prend le pouvoir

La confusion s'installa alors : aussitôt, le chef d'état-major de l'armée, le général Nabéré Honoré Traoré, annonça qu'il assumerait les „responsabilités de chef de l'Etat“. Puis, toujours vendredi, le lieutenant-colonel

Isaac Yacouba Zida, déclarait que les propos de Taoré étaient caduques et assumait la charge de Président. Samedi, il était confirmé par l'armée.

Dimanche 2 novembre, la manifestation, que l'opposition avait appelée pour contester la prise du pouvoir par l'armée, s'enflamma et parallèlement, en quelques minutes, à Ouagadougou, deux personnes tentèrent vainement de se proclamer Président du Burkina Faso en direct depuis la télévision nationale. Celle-ci était entourée de manifestants déchaînés et un jeune homme qui manifestait devant la télévision nationale fut tué par une balle perdue, selon l'armée, lorsque les soldats ont dispersé l'attroupement.

Finalement, c'est Isaac Yacouba Zida qui s'affirma face à une opposition morcelée, composée de 32 partis d'opposition.

Mais grandes étaient les craintes de confiscation du pouvoir par l'armée par la population, l'opposition et la société civile. La communauté internationale et tout particulièrement l'Union Africaine (UA), la Cédéao, la France, les Etats-Unis et l'Union Européenne se joignirent à eux pour réclamer un pouvoir civil et

condamner tout prise de pouvoir qui ne respecte pas la Constitution. La médiation internationale tripartite au Burkina, conduite par l'ONU, l'Union africaine (UA) et la Cédéao, l'organisation régionale ouest africaine, a évoqué la menace de „sanctions“ si l'ordre constitutionnel, qui prévoit un intérim du président du Parlement, n'était pas respecté.

Zida, qui dès dimanche 3 novembre avait commencé les consultations avec l'opposition, réitéra son engagement à conduire un processus de transition en concertation avec toutes les composantes de la société burkinabé. Dans un communiqué, il a précisé : „Le pouvoir ne nous intéresse pas, seul l'intérêt supérieur de la Nation prime“. Et il annonça „qu'un organe de transition sera mis en place avec toutes les composantes qui seront arrêtées par un large consensus, et dont la durée sera précisée.“ Mais l'Union africaine se chargea de fixer une date butoir, donnant quinze jours (prenant fin le 17 novembre) aux forces armées pour rendre le pouvoir aux civils, en dépit de quoi elle imposerait des sanctions.

Blaise Compaoré quant à lui s'est réfugié, le vendredi 31 octobre en Côte



Photo: flickr.com CC

► Le lieutenant-colonel Isaac Zida, auparavant membre de la garde présidentielle, est apparu comme l'homme fort après les événements du 30 octobre.

d'Ivoire, auprès de son ami Alassane Ouattara, où il est logé dans une résidence d'État. En principe, son étape ultime devrait être le Maroc.

Le 5 novembre, trois chefs d'Etats ouest-africains, le président ghanéen John Dramani Mahama et ses homologues sénégalais, Macky Sall, et nigérian, Goodluck Jonathan, sont venus pour la journée en médiateurs et ont rencontré toutes les forces en présence : les principaux protagonistes de l'opposition, de la société civile, du Conseil constitutionnel, des chefs religieux, du camp Compaoré, et de l'armée étaient reçus successivement par la délégation conduite par le chef de l'Etat ghanéen, président en exercice de la Cédéao.

Finalement, le 6 novembre, le lieutenant-colonel Zida annonça que le choix de la personnalité civile reviendrait à un collègue qui devait être mis en place. Il précisa par ailleurs que la levée de la suspension de la Constitution aurait lieu dès qu'un document appelé Charte de la transition „autour duquel tous les acteurs seront d'accord“, et qui devrait élaborer les institutions de la transition, sera prêt. Le processus d'élaboration de la Charte se termina le jeudi 13 novembre par un pari réussi : son adoption à l'unanimité par les „forces vives de la Nation“, c'est-à-dire des représentants de l'opposition politique, des organisations de la société civile, des autorités coutumières et religieuses, et de l'armée. Après la signature de la Charte, l'objectif suivant a été la mise en place des organes de transition prévus par celle-ci.

Une fois l'obstacle de la Charte levé, le choix, très délicat, du président de la transition se fit paisiblement, dans la nuit du dimanche au lundi 17 novembre. Il s'agit de Michel Kafando, 72 ans, ancien ambassadeur permanent du Burkina auprès des Nations Unies. Il a été chargé d'occuper les fonctions de Président du Faso et de Chef de l'Etat et prêta serment mardi 18 novembre. Sa nomination, qui doit être confirmée par le Conseil Constitutionnel, a été saluée par l'Union Africaine.



Photo: lefaso.net

► Le nouveau Président du Burkina Faso Michel Kafando lors de son discours d'investiture le 18 novembre. Auparavant, il était ambassadeur permanent du pays auprès des Nations Unies.

Perspectives

S'agit-il d'un „printemps noir“ comme le mentionnaient les manifestants burkinabè ? Si oui, alors il s'agit pour l'instant d'une transition presque exemplaire : Blaise Compaoré s'est démis rapidement de ses fonctions, et la transition militaire, qui n'a duré qu'une quinzaine de jours, a été très bien menée, contre toute attente. Mais à quel point donc ce processus de transition est-il significatif ? Les institutions sont faibles, l'opposition est morcelée. Les militaires ont cédé la place à un chef d'Etat civil, mais il est probable qu'ils chercheront d'une manière ou d'une autre à participer à la direction du pays : l'armée a englouti beaucoup de ressources ces 20 dernières années. Quelle place attribuer alors à Zida ? Les motivations se sont accrues récemment du fait de la découverte de nouveaux minerais (on parle d'une réserve de 4.3 tonnes d'or, par exemple) qui apporteraient à ceux qui les contrôlèrent de

revenus supplémentaires. En attendant, la transition à proprement parler débute et selon le chef de file de l'opposition, Zéphirin Diabré „le programme, c'est exactement ce que les gens attendent“ parce qu'il va „droit sur les problèmes de corruption et d'impunité. Il est extraordinairement en phase avec les attentes de la révolution“, a-t-il poursuivi.

Les espérances, sont donc grandes pour un processus de transition constructif et dans le calme... Les événements au Burkina Faso sont suivis de très près par d'autres chefs d'Etats africains dont les mandats arrivent à terme. La communauté internationale prête aussi un grand intérêt envers ce pays : c'est une base utile pour les efforts de lutte contre l'intégrisme islamique dans les pays voisins...

Flavia Fumagalli est membre de l'ASTM.

Sources : Le Point.fr, Faso.net, Jeune Afrique, The Economist, Le Monde.fr

Burkina Faso

Blaise Compaoré, Thomas Sankara et la Françafrique

Le 30 octobre 2014 marqua la fin de 27 années de règne de Blaise Compaoré à la tête du Burkina Faso. La vitesse avec laquelle son régime a chuté fut spectaculaire. En moins de 24 heures, après une mobilisation populaire impressionnante, son royaume s'est tout simplement écroulé. Les dirigeants de l'armée, qui ont tous profité de lui pendant de longues années, l'ont laissé tomber comme une patate chaude.

Charel Schiltz

En n'écoutant que la diplomatie française, cet acharnement de la population burkinabé contre leur Président semble à première vue étonnante. Seulement une année et demie avant sa chute, Blaise Compaoré fut loué à vive voix par la France reconnaissante dans la Commission des Affaires Etrangères de l'Assemblée Nationale: „Monsieur le Président de la République, merci. Ces applaudissements, qui ne sont pas systématiques dans notre commission, témoignent de notre gratitude pour le rôle que vous jouez et pour la vision que vous avez du développement de votre pays et du continent africain.“¹

Le même jour où la France montrait une appréciation si différente de la politique de Compaoré, par rapport à celle accordée récemment par la population burkinabé, François Hollande a reçu

le prix „Houphouët-Boigny“ pour „sa haute contribution à la paix et à la stabilité en Afrique“.

La présence de B. Compaoré à cette remise de prix en tant que invité d'honneur n'était pas une coïncidence. Il était considéré comme le parfait successeur de Félix Houphouët-Boigny, Président de la Côte d'Ivoire pendant 33 ans et décédé en 1993. Comme Félix Houphouët-Boigny, il était pendant de nombreuses années un pion fidèle qui servait à défendre les intérêts politiques et économiques français en Afrique de l'Ouest.

Une vision qui ne gênait pas remplace une vision qui gênait

La prise de pouvoir de Compaoré par un coup d'Etat en 1987 était sanglante et passait par l'assassinat de son prédécesseur Thomas Sankara. L'implication du même Félix Houphouët-Boigny (et

par lui la France) à ce putsch est très probable.

La vision de développement de Compaoré ne gênait pas. La vision de Thomas Sankara, diamétralement opposée, par contre gênait beaucoup. Thomas Sankara incarne toujours pour beaucoup le rêve d'un vrai développement pour l'Afrique et d'une décolonisation réelle.

Révolutionnaire non pas seulement dans les apparences, ses propos et positions ne pouvaient pas plaire à la France. Dès la prise de pouvoir, il lutta contre l'influence constante de l'Occident et du néo-colonialisme. De façon générale, il a surtout dénoncé les relations économiques entre l'Europe et l'Afrique: „La domination étrangère que nous dénonçons tant, n'a d'autre but que l'occupation économique de notre pays. Faire de notre pays un marché organisé et contrôlé pour les seuls intérêts des capitalistes qui ont épuisé ailleurs toutes les voies de réaliser de nouveaux profits. Voilà l'essence même de l'impérialisme présent chez nous.“²

Il ne voulait pas renfermer le Burkina sur soi-même, mais tout simplement faire ce que l'Europe faisait elle-même: protéger ses marchés clés pour pouvoir se développer à sa propre vitesse et favoriser sa propre agriculture.

Il est utile de citer à cet endroit quelques-unes de ces exclamations, surtout dans la lumière de la discussion actuelle sur les traités de libre-échange entre l'Europe et l'Afrique: „Certes nous ne saurions nous replier sur nous-mêmes en nous imposant une autarcie suicidaire. Des biens nous sont nécessaires que nous ne saurions à cette étape de notre révolution nous



Photo: United Nations Photo

► Blaise Compaoré, ici avec les secrétaire général de l'ONU Ban Ki-moon, régnait pendant 27 sur le Burkina Faso avant d'être chassé du pouvoir en octobre 2014.



Photo: United Nations Photo

► Thomas Sankara lors d'une conférence de presse en 1984. Il fut assassiné trois ans plus tard.

procurer autrement qu'en les important. [...] Mais cessons de livrer notre peuple pieds et poings liés aux marchands de faux bonheur, de fausse coopération, à tous ceux-là qui nous inondent régulièrement des produits de leur société de consommation et nous gavent des gadgets superflus, voire dangereux de leur système capitaliste. [...] Ces importations, en résorbant le chômage des autres, contribuent à résoudre leurs crises sociales, à enrichir leurs capitalistes, à renforcer objectivement des pouvoirs qui ne daignent même pas nous témoigner leurs reconnaissances. Au contraire, après nous avoir pillés, ils nous écrasent méchamment sans même craindre de tuer leurs poules aux œufs d'or qu'est notre marché. [...] Nos réflexes de consommateurs devront être

révisés, quant à nos goûts, nos couleurs, nos habitudes. Ce sera un geste hautement patriotique et révolutionnaire, que de consommer burkinabè [...]. Il s'agira de construire un Faso nouveau, mais à la mesure de nos moyens, des limites que nous pouvons nous fixer sans pessimisme mais sans optimisme de lunatique.⁴³

À l'époque, le même Thomas Sankara refusait également le remboursement de la dette : „ Les origines de la dette remontent aux origines du colonialisme. Ceux qui nous ont prêté de l'argent, ce sont ceux-là qui nous ont colonisés, ce sont les mêmes qui géraient nos États et nos économies, ce sont les colonisateurs qui endettaient l'Afrique auprès des bailleurs de fonds, leurs frères et cousins. [...] La dette, c'est encore le néo-colonialisme

où les colonisateurs se sont transformés en assistants techniques; en fait, nous devrions dire qu'ils se sont transformés en assassins techniques ; et ce sont eux qui nous ont proposé des sources de financement. [...] Les masses populaires en Europe ne sont pas opposées aux masses populaires en Afrique mais ceux qui veulent exploiter l'Afrique, ce sont les mêmes qui exploitent l'Europe ; nous avons un ennemi commun.⁴⁴

Toutefois, il connaissait parfaitement la réaction qu'allait provoquer ses propos: „Je voudrais que notre conférence adopte la nécessité de dire clairement que nous ne pouvons pas payer la dette, non pas dans un esprit belliqueux, belliciste, ceci pour éviter que nous allions individuellement nous faire assassiner. Si le Burkina Faso tout seul

refuse de payer la dette, je ne serai pas là à la prochaine conférence." Trois mois plus tard, Thomas Sankara fut assassiné et avec lui tant d'espoir.

La stabilité politique du pompier-pyromane

Son meurtrier Blaise Compaoré par contre est resté bon ami avec les politiciens français et il a pu tenir 27 ans à la tête du pays. Il gagnait haut la main les élections présidentielles avec plus de 80% des voix en 2005 et en 2010. La France le soutenait jusqu'à la fin et a organisé sa fuite le 30 octobre 2014 vers la Côte-d'Ivoire. François Hollande confirma lors d'une conférence de presse que „la France a fait en sorte que le Président Compaoré [...] puisse être évacué vers la Côte d'Ivoire“ et que „nous avons veillé à ce qu'il soit évacué en mettant à disposition tous les moyens qui pouvaient être utiles“.

Hollande prétendait même que „pour la France les valeurs démocratiques sont essentielles“ et que la relation de la France avec l'Afrique serait basée sur „le respect des ordres constitutionnels“ avec des élections issues de la „volonté populaire“. Soit.

Pour l'Occident, le Burkina Faso de Compaoré était surtout apprécié comme pôle de stabilité politique dans une région fragilisée. Il assumait le rôle de médiateur dans un certain nombre de crises en Afrique de l'Ouest, notamment au Togo, en Guinée, en Côte d'Ivoire et au Mali. En regardant de plus près, sa politique était aussi ambiguë que celle de la France. Il s'est placé comme médiateur dans des crises, dont lui-même a largement contribué à les provoquer.

Ainsi, il est soupçonné d'avoir soutenu pendant des années Charles Taylor durant la guerre civile sanglante en Sierra Leone. Ouagadougou aurait été la plaque tournante du trafic des diamants du sang qui finançaient la guerre. Charles Taylor, condamné des années plus tard à 50 années de prison, était le premier chef d'Etat jugé pour

crimes contre l'humanité devant une cour pénale internationale depuis la Deuxième Guerre Mondiale. Blaise Compaoré, dont le nom apparaissait dans plusieurs rapports liés à ce procès, était bien protégé et échappa à toute poursuite.

Son intervention en Côte d'Ivoire était encore plus directe. Le coup d'Etat contre Laurent Gbagbo en 2002, qui plongeait le pays dans un tourbillon de 8 ans de crises, était planifié et exécuté à partir du Burkina Faso, avec une complicité très probable de Blaise Compaoré. Plus tard en 2007, il s'est placé comme médiateur dans la même crise à laquelle il a largement contribué.

Des reproches similaires ont été faites lors de la guerre au Nord du Mali en 2012. Blaise Compaoré aurait pu négocier avec les rebelles justement parce qu'il avait de bonnes relations antérieures avec eux. On lui reproche que „la plupart des rebelles Touaregs, surtout le MNLA, étaient à Ouagadougou également. [...] Il les accueillait, il les conseillait et après il les renvoyait sur le terrain.“⁽¹⁾

Blaise Compaoré a surtout été soutenu par l'Occident avec l'argument qu'il assurait la stabilité politique au pays. Toutefois, avec un certain recul, les idées de Thomas Sankara auraient

été beaucoup plus propices à assurer cette stabilité pour le Burkina Faso et toute la sous-région. Parler de stabilité, quand les conséquences de décennies d'interventions militaires, directes et indirectes, et du pillage systématique des ressources naturelles plongent tout un continent dans la misère, est tout simplement cynique. Un pays avec des perspectives pour la jeunesse ne les pousserait pas dans les bras d'extrémistes de tout bord. Une Afrique qui arriverait à dépasser „la domination et l'exploitation impérialistes, l'épuration de la campagne de toutes les entraves sociales, économiques et culturelles qui la maintiennent dans un état d'arriération“, ce dont Thomas Sankara rêvait, n'aurait pas eu besoin d'un Blaise Compaoré pour assurer une stabilité politique et n'aurait pas eu besoin d'interventions militaires françaises non-plus. ■

Charel Schiltz est membre de l'ASTM.

(1) <http://www.assemblee-nationale.fr>, mercredi 5 juin 2013, compte rendu n° 69

(2) Discours d'orientation politique, 2 octobre 1983

(3) Discours du 4 août 1986 lors des commémorations du 3ème anniversaire de la révolution.

(4) Discours le 9 juillet 1987, sommet des pays membres de l'Organisation Unité Africaine.

(5) RFI - Radio France Internationale, 31.10.2014



Photo: wikimedia commons

► Thomas Sankara est toujours très présent dans la pensée collective burkinabé et de nombreux partis se réclament de perpétuer son héritage politique.

Entwicklung

Die Globale Infrastrukturinitiative: Segen oder Fluch?

Die in der Gruppe der 20 (G20) zusammengeschlossenen Industrie- und Schwellenländer haben sich auf ein neues Programm verständigt, das private Investitionen von beträchtlicher Höhe zur Finanzierung globaler Infrastrukturprojekte, insbesondere in Entwicklungsländern, bereitstellen soll.

Carey L. Biron

Bei der am 16. November beschlossenen ‚Globalen Infrastrukturinitiative‘ geht es weniger um die Finanzierung neuer Projekte. Vielmehr soll in den Ländern des Südens für ein investorenfreundliches Umfeld gesorgt und Hilfestellung beim Aufbau von Kontakten zwischen Regierungen und potenziellen Geldgebern geleistet werden.

Die Arbeit der Initiative wird von einem Sekretariat in Australien gesteuert werden, wo der jüngste G20-Gipfel stattfand. Die australische Regierung hat zugesichert, Investitionen in die Infrastruktur Priorität einzuräumen. Das Büro mit dem Namen ‚Globaler Infrastruktur-Hub‘ soll die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor sowie den multilateralen Banken fördern.

Investitionshemmnisse sollen abgebaut werden

„Der mit einem vierjährigen Mandat ausgestattete Hub wird auf internationaler Ebene Länder darin unterstützen, ihr allgemeines Investitionsklima zu verbessern, Investitionsbarrieren abzubauen, Projektplanungen voranzubringen und Investoren bei der Suche nach geeigneten Projekten zu helfen“, kündigten der australische Ministerpräsident Tony Abbott und Schatzminister Joe Hockey am 16. November in einer gemeinsamen Erklärung an. Davon verspreche man sich ein besseres Funktionieren des Infrastrukturmarkts.

Schätzungen zufolge könnten in den nächsten 15 Jahren etwa zwei Billionen US-Dollar für Infrastrukturinvestitionen



Photo: flickr.com CC / jbdodane

► Große Infrastrukturprojekte sind wichtig, können aber auch erhebliche soziale und ökologische Schäden anrichten.

bereitstehen. Die Gelder sollen in neue Stromnetze, Straßen, Brücken, Häfen und andere Großunternehmungen investiert werden.

Die G20 hat sich als führender internationaler Zusammenschluss bei der Förderung der Wirtschaftskooperation positioniert. Die Mitgliedsländer der Gruppe tragen etwa zu 85 Prozent zum globalen Bruttoinlandsprodukt bei.

Im Rahmen ihres weit gefassten Ziels, das globale Wirtschaftswachstum in Gang zu bringen, wird die Globale Infrastrukturinitiative darauf hinar-

beiten, große institutionelle Investoren wie Banken und Rentenfonds zu gewinnen, um langfristig das erforderliche Kapital zur Beseitigung der Infrastrukturdefizite aufzubringen. Allein in den Entwicklungsländern könnte sich ein zusätzlicher Bedarf an Investitionen von bis zu einer Billion Dollar jährlich ergeben. Bisher stellen die Regierungen nur etwa die Hälfte bereit.

In den letzten Jahren hat sich der Privatsektor vom Infrastruktursektor in Entwicklungs- und Schwellenländern abgewandt. Allein zwischen 2012

und 2013 sind solche Investitionen nach Angaben der Weltbank um fast 20 Prozent auf etwa 150 Milliarden Dollar zurückgegangen.

Scott Morris von der Washingtoner Denkfabrik ‚Center for Global Development‘ begrüßte die Initiative als hellsichtige Reaktion auf die Tatsache, dass der Infrastruktursektor sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern dringend ausgebaut werden müsse. „Aus der Geberperspektive betrachtet zeigt sich nun die Bereitschaft, stärker als bisher auf die Bedürfnisse dieser Staaten einzugehen.“

Welche Ergebnisse die Globale Infrastrukturinitiative mit sich bringen werde, sei allerdings ungewiss, meinte Morris. „Die G20 will offenbar den Investitionen in die Infrastruktur Priorität einräumen. Doch lässt sich nur schwerlich erkennen, wo genau diese Prioritäten liegen.“

Die Initiative ist das bisher letzte Glied in einer Kette von größeren investitionsrelevanten Programmen, die in jüngster Zeit auf multilateraler Ebene angekündigt wurden. Die Weltbank stellte Anfang Oktober ihre ‚Globale Infrastrukturfazilität‘ vor, die mit einem ähnlichen Mandat wie die Globale Infrastrukturinitiative ausgestattet ist.

Ende des Monats gab die chinesische Regierung die Einrichtung einer Asiatischen Bank für Infrastrukturinvestitionen (AIIB) bekannt, die nach Ansicht von Beobachtern den Ausschlag für die Entscheidung von G20 und Weltbank gaben, den Ausbau der Infrastrukturen weltweit stärker zu fördern. Morris befürchtet jedoch, dass sie Verwirrung stiften könnte.

Der Anstoß zu der neuen Initiative kam offenbar von ‚Business 20‘ (B20), einem Beratungsgremium der G20, das nach eigenen Angaben die Globale Infrastrukturinitiative „vollständig unterstützt“. Wie der B20-Vorsitzende Richard Goyder erklärt, schätzt das Gremium, dass „die Vorbereitung und Umsetzung des Projekts den Ausbau der Infrastrukturen bis 2030 in Höhe von

etwa 20 Billionen Dollar ermöglichen könnten“.

Sorge über soziale und ökologische Folgen

Während sich die Wirtschaft erfreut zu den neuen Investitionsmöglichkeiten geäußert hat, kritisierte die Zivilgesellschaft, dass unklar sei, ob und welche Sozial- und Umweltstandards zur Begrenzung der Projektrisiken vorgesehen seien.

„Privatinvestitionen in die Infrastruktur sind zwar wichtig, um die Infrastrukturfinanzierungslücken zu schließen“, meinte Lise Johnson vom Columbia-Zentrum für nachhaltige Entwicklung an der Columbia-Universität. „Ebenso wichtig ist aber, dass die Initiative und der neue Hub Sorge tragen, dass die Projekte umwelt- und sozialverträglich sind.“

Besondere multilaterale Sicherheitsstrategien, wie sie die Weltbank vorsieht, kommen bei öffentlich-privaten Partnerschaften grundsätzlich nicht zum Tragen. Auch könnten sich gewisse Auflagen als politisch dornig für die G20 herausstellen, um neue Abkommen zu schmieden, warnte Johnson.

Die G20-Entwicklungsarbeitsgruppe habe in ihrer 2013 durchgeführten Analyse der G20-Infrastrukturinitiative festgestellt, dass es nur bei den ökolo-

gischen Garantien zum Stillstand gekommen sei, erklärte Nancy Alexander von der Heinrich-Böll-Stiftung. „Von der G20 erhalte ich immer die Rückmeldung, dass solche Garantien eine Frage der nationalen Souveränität seien.“

Die G20 hofft, dass die Billionen-Investitionen im Infrastruktursektor in den kommenden 15 Jahren bis zu zehn Millionen neue Arbeitsplätze schaffen werden. Doch Alexander zufolge könnten sie sich als „Giftpillen“ erweisen. „Viele von uns sind alt genug, um sich noch gut daran zu erinnern, wie leichtfertig die Petrodollar der 1970er Jahre ausgegeben wurden – vor allem in den Ausbau der Infrastrukturen. Damals versuchten rücksichtslose Geldverleiher schnelles Geld zu machen, ohne auf die sozialen, ökologischen und finanziellen Folgen wie untildbare Schulden zu achten“, warnte Alexander.

„Nachdem wir feststellen konnten, wie schlecht konzipierte Infrastrukturmaßnahmen zu großer Zerstörung führten, haben sich viele für uns für Transparenz, Sicherheit und Schadensbegrenzung eingesetzt. Doch genau diese Bemühungen werden nun als viel zu zeitaufwendig, teuer und imperialistisch abgetan.“ ■

Carey L. Biron ist Korrespondent für IPS.



Photo: flickr.com CC

► Bei dem jüngsten G20-Treffen in Australien verständigten sich die Teilnehmer unter anderem auf ein ehrgeiziges Infrastrukturprogramm.

Gesundheit

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnt vor Isolation Westafrikas durch Ebola

Die Vereinten Nationen, die derzeit an einem Nothilfprogramm für den Kampf gegen Ebola arbeiten, sehen die Gefahr, dass die Region Westafrika vom Rest der Welt isoliert wird. „Es gibt die psychologische Angst und eine von ihr verursachte Kettenreaktion“, so der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und warnte vor Aktionen, die jeder wissenschaftlichen oder medizinischen Grundlage entbehren.

Thalif Deen

Wie Ban berichtete, gehört der Kampf gegen Ebola zu den Hauptprioritäten der Vereinten Nationen. „Die Seuche wirkt sich auf das gesamte Spektrum unserer Leben aus“, fügte er hinzu. Wie recht er damit hat, zeigte die jüngste Absage Marokkos, den Afrika-Cup 2015 vom 17. Januar bis 8. Februar 2015 auszurichten.

So erklärte der marokkanische Sportminister Mohamed Ouzzine in der zweiten Novemberwoche, dass der Entscheidung vor allem „die medizinischen Risiken zugrundeliegen, die von diesem Virus für unsere Mitafrikaner ausgehen“. In einem Kommentar der New York Times hieß es, dass „die Angst

vor einer Verbreitung von Ebola Afrikas wichtigstes Fußballturnier über den Haufen geworfen hat“.

Der Afrikanische Fußballverband hat Marokko als Austragungsort der alle zwei Jahre stattfindenden Fußball-Meisterschaft gestrichen. Die 16 afrikanischen Teams werden nun in Äquatorial-Guinea gegeneinander antreten.

Die drei westafrikanischen Epizentren der Ebola-Epidemie sind Liberia, Guinea und Sierra Leone. Marokko zählt geographisch gesehen zu Nordafrika. Im vergangenen Sommer hatten sich die Seychellen für den Afrika-Cup disqualifiziert, weil sie einem Team aus Sierra Leone aufgrund von Ebola die Einreise verweigert hatten.

Inzwischen mehren sich unbestä-

tigte Berichte, wonach philippinische Blauhelme seit ihrer Rückkehr aus Liberia auf einer Insel vor Luzon oder an Bord eines Schiffes unter Quarantäne gestellt wurden. Dazu meinte der UN-Vizesprecher Farhan Haq vor Journalisten, dass UN-Soldaten nach der Heimkehr in ihr Heimatland der Autorität ihrer Regierung unterstünden.

Ban erklärte gegenüber, dass er den Ländern, die umfangreiche Mittel für den Kampf gegen Ebola bereitstellen, unendlich dankbar sei. Dazu gehören die USA, Großbritannien, Japan, Frankreich und andere europäische Länder. Auch würdigte er explizit die USA und Kuba dafür, 4.000 Soldaten beziehungsweise hunderte medizinische Fachkräfte nach Westafrika entsandt zu haben.

In der zweiten Novemberwoche hatte US-Präsident Barack Obama den Kongress aufgefordert, mehr als sechs Milliarden Dollar an Nothilfegeldern freizugeben, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern und US-Bürger vor einer Ansteckung zu schützen.

„Ich hoffe, dass die lahme Ente Kongress dem Antrag stattgeben wird“, meinte dazu Ban.

Nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) wurden bereits 60 Prozent des mit 988 Millionen Dollar angegebenen Finanzbedarfs zur Bekämpfung von Ebola ausgezahlt. Darüber hinaus gibt es einen Hilfsfonds, für den 58,7 Millionen Dollar zugesagt wurden.

Wie Anthony Banbury, Chef der UN-Nothilfemission gegen Ebola (UNMEER), gegenüber der 193 Mitglied-



Photo: UN Photo

► UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnt vor einer Isolation Westafrikas.



Photo: UN Photo/Ari Galtanis

► Ein Fahrzeug der UN-Ebola-Mission (UNMEER) wird auf dem Flughafen von Freetown (Sierra Leone) entladen.

staaten zählenden UN-Vollversammlung in der zweiten Novemberwoche erklärte, „ist Ebola ein gefürchteter Feind, und wir werden die Schlacht kaum dadurch gewinnen, dass wir ihm hinterherjagen“.

Nach Erkenntnissen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden inzwischen 13.000 Ebola-Infektionen aus acht Ländern gemeldet. Neben den drei Epizentren ist das Virus in den Vereinigten Staaten, Spanien, Mali, Nigeria und Senegal aufgetreten. Mit zunehmender Verbreitung steigt auch die Zahl der Ebola-Waisen. Derzeit sind es rund 3.300. Darüber hinaus ziehen die Nahrungsmittelpreise in Guinea, Liberia und Sierra Leone immer weiter an. Auch wurden die Schulen geschlossen, und die Händler weigern sich, ihre Produkte zu den Märkten zu bringen.

Auf dem soeben zu Ende gegangenen Gipfeltreffen der G20-Industrie- und Schwellenländer hatte der UN-Generalsekretär erklärt, dass die Neuinfektions-

rate rückläufig sei und auf einen Rückgang der Ansteckungsgefahr in den am schlimmsten betroffenen Regionen der drei Epizentren schließen lasse. Doch während sie in einer Region sinkt, steigt sie in einer anderen.

Und die Reaktionen auf die fortgesetzte Infektionsgeschwindigkeit seien unzureichend, erklärte Ban zum Abschluss des Gipfeltreffens am 16. November in Brisbane, zu dem der australische Premierminister Tony Abbott geladen hatte. Die G20 forderte er auf, für das Erreichen des 70/70-Ziels zu sorgen: 70 Prozent aller Ebola-Infizierten zu trennen und zu behandeln und 70 Prozent derjenigen, die an der Krankheit gestorben sind, eine sichere und würdevolle Beisetzung zu ermöglichen.

Wie er weiter betonte, muss die internationale Gemeinschaft auch die sekundären Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung, Bildung und

den Anstieg der Nahrungsmittelpreise nach dem Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Aktivitäten in den Ebola-Ländern angehen. Er warnte davor, dass einer Million Westafrikaner eine Hungerkrise bevorstehe.

„Es ist wichtig, dass wir die drei Länder nicht weiter isolieren, indem wir Reiserestriktionen verhängen. Dadurch lässt sich die Ausbreitung des Virus nicht verhindern. Vielmehr werden dadurch unsere Bemühungen, Hilfe zu mobilisieren, eingeschränkt“, fügte er hinzu.

Laut der WHO gibt es Anzeichen dafür, dass in Guinea und Liberia die Befallsrate nicht weiter ansteigt. Anders in Sierra Leone. Dort kommt es auch weiterhin zu einer massiven Zunahme der Neuinfektionen. ■

Thalif Deen ist Korrespondent für IPS.

Récit de voyage

Voyage avec Fairtrade au Nicaragua

Du 15 août au 3 septembre dernier, j'ai pris part au voyage que Fairtrade a organisé, pour la deuxième année consécutive, au Nicaragua. Notre groupe de 14 personnes a été accompagné par Isidra, une Nicaraguayenne joviale et très compétente, et d'autre part par David Debondt, un jeune Luxembourgeois, engagé et dévoué, qui a effectué un service volontaire de coopération auprès des coopératives de café dans la région de Jinotega.

Jean Feyder

Sillonnant le pays du Sud au Nord, puis de l'Ouest à l'Est, nous avons vu une grande diversité de paysages et de lieux culturels. Le Nicaragua est un pays de volcans bien visibles dont certains sont actifs et dégagent de la fumée et des odeurs de soufre en quantité variée. Le „lac de Nicaragua“ est le deuxième plus grand lac de l'Amérique Latine après celui du Titicaca. Nous y avons découvert l'île d'Ometepe où on peut admirer de loin la silhouette conique de deux volcans juxtaposés. Partout dans cette région au sud du pays, et en grim pant vers le sommet des volcans, nous sommes surpris par une végétation luxuriante, par la riche diversité de la flore et de la faune.

Ce lac sera-t-il bientôt traversé par un canal devant relier le Pacifique avec la mer des Caraïbes ? C'est en tout cas un des sujets d'actualité au Nicaragua. Le Parlement a approuvé ce mégaprojet dont la réalisation serait confiée à une entreprise chinoise de Hongkong. La question de son impact surtout sur l'environnement est posée.

Granada, Managua, Léon, etc.

A Granada, superbe ville coloniale, la visite du musée d'histoire au Couvent San Francisco nous familiarise avec l'histoire du pays : époque précolombienne, période coloniale, occupations militaires des USA aux XIX^{ème} et XX^{ème} siècle, dictature des Somoza, révolution sandiniste en 1979. Nous y avons également visité un atelier de production de hamacs par des sourds-



Photo: Jean Feyder

► Dans la fabrique de cigares à Esteli, le salaire journalier est de 5 dollars. „Cela ne permet pas de vivre“, disent les employées.

muets, puis l'Ecole de la Comedia el Mimo qui aide des enfants de la rue à apprendre la jonglerie. Non loin de Granada, à San Juan de Oriente, Julio un maître-artisan nous explique l'art de la céramique produite dans son village de 7000 habitants, selon une longue tradition et sur base de l'argile enrichi de matière volcanique, trouvé sur place. Son magasin nous montre la beauté de ces céramiques aux couleurs d'une douceur et d'une harmonie incomparables. Nous replongeons dans l'histoire du pays à Niquohomo, en visitant le musée d'Augusto Sandino, établi dans sa maison natale. Sandino a été général de l'armée au début du 20^{ème} siècle et est devenu un héros de la lutte anti-impérialiste.

A Managua, nous sommes accueillis

par Thierry Lippert, en charge de notre Ambassade. Il nous fait une présentation de la coopération luxembourgeoise. J'y rencontre aussi Jorge Iran Vasquez de l'UNAG, une organisation de paysans. Jorge est spécialiste de l'agriculture organique et de la pratique Campesino a Campesino, basée sur l'échange de méthodes agro-écologiques entre paysans. UNAG mène une campagne contre les semences transgéniques.

Sur la route de Managua vers Léon, le paysage change et nous nous rendons compte de la sécheresse exceptionnelle qui y sévit depuis deux mois. Les pâturages sont gris et desséchés, les cultures sont retardées, comme celles des arachides. Résultat, le prix d'une livre de haricots, qui fait partie de la nourriture de base des Nicaraguayens, est passé de

huit cordobas la livre à plus de trente, soit à un prix inabordable pour la plupart des habitants. A Léon, ville universitaire, nous visitons le musée Ruben Dario, qui présente la vie et l'œuvre d'un des plus grands auteurs de l'Amérique Latine du XIXe et du début du XXe siècle.

A la côte du Pacifique, nous rencontrons au village voisin de las Penitas, des pêcheurs en train de fabriquer leurs filets de pêche en plein air. La pêche diminue, nous explique l'un d'eux, à cause du changement climatique qui augmente la température de la mer et fait descendre les poissons vers des profondeurs inaccessible aux petits pêcheurs.

Le Nicaragua est un pays pauvre. A Esteli, nous visitons une fabrique de cigares. J'y interroge des ouvrières sur leurs conditions de travail et de vie. Elles m'expliquent que le salaire journalier est de 5 dollars, soit de 150 dollars par mois. Ce qui ne permet pas de vivre, ajoute l'une d'elles, et oblige le conjoint à gagner lui aussi un salaire. Regardez une fois ce que coûtent les haricots, me lance-t-elle. Au Nicaragua, le chômage et la pauvreté obligent nombre de jeunes à quitter le pays à la recherche d'un travail. 500 000 ont trouvé un emploi au Costa Rica, pays voisin. L'envoi de fonds offre une aide précieuse à beaucoup de familles. L'affiliation à un syndicat est permise dans cette fabrique de cigares, mais ces ouvrières n'y portent pas un grand intérêt. Interrogées sur le gouvernement, elles me répondent que rien n'a changé, qu'aucune amélioration n'est intervenue dans leur vie, même pas sous Daniel Ortega : „Là-haut, on s'enrichit“. Elles trouvent scandaleux que les membres du Parlement gagnent 4000 dollars par mois. S'agissant de la condition de la femme, elles reconnaissent qu'une loi a été adoptée qui réprime les mauvais traitements infligés aux femmes. Mais c'est tout.

La coopérative Soppexcca

La région de Jinotega qui se trouve à plus de 1000 m d'altitude impressionne

d'abord par la beauté de ses paysages montagneux et verdoyants. Le climat sub-tropical crée des conditions favorables à la culture du café. C'est une des principales régions de production de café du pays. Nous y rencontrons Soppexcca, le partenaire de Fairtrade Luxembourg.

Soppexcca est une Union de 16 coopératives, réunissant 620 petits producteurs de café, qui emploie une vingtaine de personnes. Nous avons vu plusieurs de ses installations qui permettent le séchage, le lavage, le décorticage et le tri des graines de café. Certaines, construites aussi avec une aide financière internationale, comprennent même un laboratoire de contrôle de qualité et de dégustation de café, une zone de stockage et une production de fumier organique.

Parmi ses principes de base figurent l'égalité entre hommes et femmes ainsi que la diversification de la production de ses membres. Elle fait donc aussi la promotion de la production de miel et de cacao, de l'élevage, de l'agroforesterie et de la production de fruits. A son siège à Jinotega, Soppexcca a démarré une

production artisanale de chocolat.

Notre visite de Soppexcca commence par une soirée d'accueil chaleureuse animée par le groupe de musiciens „Bongo“. Le lendemain, la directrice Dona Fatima nous fait une présentation de cette Union de coopératives. La coopération avec Fairtrade permet à Soppexcca de payer aux coopératives membres un prix „juste“ de 140 dollars le quintal de café, à cette époque supérieur de 18 dollars au prix normal. Si le prix du marché dépasse ce prix, les producteurs reçoivent le prix du marché. À ce prix s'ajoute le versement d'une prime de 20 dollars le quintal que les coopératives membres de Soppexcca peuvent utiliser soit pour des projets sociaux, soit pour améliorer leur productivité. L'organisation décourage l'usage de pesticides. Près d'un tiers du café produit par Soppexcca est organique, une part que l'organisation veut porter à terme à 80%. Le prix de ce café est de 30 dollars au-dessus du prix de base (140\$). Il est actuellement produit avant tout par des coopératives de femmes.

A côté du conseil de ses membres,



Photo: Jean Feyder

► Dans un champ de production de café, le producteur, A ses côtés David Debondt, volontaire, et certains membres du groupe.

Nicaragua

Soppexcca réalise nombre de projets sociaux, parmi lesquels figure la formation des jeunes et le paiement de bourses, la construction d'écoles et de centres de santé. Dans certains villages visités, Soppexcca a établi de petits magasins alimentaires offrant à prix réduits les produits essentiels. La coopérative offre également un crédit avantageux (14-19% au lieu de 24%) pour l'entretien et la rénovation des cafés.

Un contrôle de qualité et de certification est effectué par FLO-Cert, une organisation indépendante, sur base d'un nombre très élevé de critères (160).

Daniel nous a fait rencontrer les jeunes de plusieurs villages qu'il réunit régulièrement pour les accompagner dans des discussions sur des questions qui les préoccupent: drogues, violence, sexualité, éducation, etc.

Conclusions

Le voyage a été intéressant, passionnant avec un programme très varié. Un brin excitant, vu certains imprévus. L'ambiance a été détendue, agréable, souvent joyeuse. Très enrichissant comme il nous a fait connaître la nature du pays, son histoire, sa culture, le travail et la vie quotidienne de certains de ses habitants. Il s'est passé en toute sécurité. Inoubliable la très grande beauté naturelle de ce pays, la diversité de ses paysages et la biodiversité surprenante.

Nous avons pu nous rendre compte de l'impact économique et social positif de Fairtrade pour les producteurs de café qui sont ses partenaires. Les prix justes qui sont ainsi payés offrent une perspective de développement et d'amélioration des conditions de vie au niveau local et régional qui n'est pas négligeable.

Ne serait-il pas justifié que de tels prix „justes“ soient également payés pour le blé, le riz, le maïs, le lait, les légumes, etc., soit des produits de base de l'alimentation, au lieu d'en confier la fixation aux aléas du marché et de la bourse, au point qu'ils restent régulièrement en dessous du prix de revient ? ■

Situation politique du Nicaragua de 1979 à 2014

Le Nicaragua compte environ près de 6 millions d'habitants, dont plus de 40% sont âgés de moins de 18 ans. Trois quarts de la population pauvre habite dans les régions rurales. Une femme seule est à la tête d'un tiers de tous les ménages.

En 1979, la révolution sandiniste sous la Présidence de Daniel Ortega renverse la dictature d'Anastasio Somoza qui a duré 40 ans. Elle suscite l'enthousiasme dans le monde entier. Une croisade nationale d'alphabétisation fait chuter l'analphabétisme de 54 à 12 %. Les soins médicaux deviennent accessibles à une majorité. Les terres et les biens du dictateur Somoza et de son clan sont nationalisés. Les paysans bénéficient d'une réforme agraire. Est lancé un processus de justice sociale et d'organisation directe du peuple, sans précédent dans l'histoire du Nicaragua et de l'Amérique Latine.

En pleine guerre froide, le Nicaragua est alors soumis à une féroce agression américaine par des contre-révolutionnaires interposés - la contra. Le viol

du droit international est tel que, en 1986, la Cour internationale de justice de La Haye condamne Washington à payer 17 milliards de dollars d'indemnisation à Managua pour avoir soutenu les mouvements „terroristes“ agissant en territoire nicaraguayen depuis le Honduras - décision que les gouvernements américains successifs n'ont cessé d'ignorer.

C'est donc épuisés et ayant laissé 30.000 morts dans ce combat inégal que les Nicaraguayens, dans une nation ruinée, permettent, lors des élections de 1990, à la droite de revenir au pouvoir en la personne de Mme Violeta Chamorro, suivie des Présidents Aleman et Bolanos. S'ensuivent seize années de politiques néolibérales qui ravagent et appauvrissent à leur tour le pays. Quelque 300 petites entreprises étatiques sont privatisées tout comme celles de l'électricité, du téléphone et en partie de l'eau. La réduction des dépenses de l'Etat est drastique. La bourgeoisie nationale, déjà faible, est pratiquement liquidée. L'agriculture est négligée. Nombre de réformes réalisées par les sandinistes dans ce secteur sont annulées.

Retour au pouvoir de Daniel Ortega

M. Ortega retourne à la présidence en 2006 avec près de 38 % des suffrages. Il est réélu en 2011 avec 62 % des voix. Il mène une politique à double volets: d'une part, il ménage les intérêts du secteur privé en gérant le pays d'une façon assez classique, sans se mettre à dos les investisseurs étrangers ou les organismes financiers internationaux



► Daniel Ortega est Président du Nicaragua depuis 2006.

Photo: flickr.com CC

(Fonds monétaire international, Banque mondiale, etc.). Il poursuit des politiques d'austérité par la mise en œuvre de programmes d'ajustement structurel, réalise d'autres privatisations, autorise la création de zones franches et continue de réduire les dépenses de l'Etat.

D'un autre côté, il opère un virage spectaculaire en engageant de fortes dépenses à caractère social en faveur des secteurs les plus pauvres, qui constituent l'immense majorité. Dès 2007, M. Ortega fait entrer le Nicaragua au sein de l'Alliance bolivarienne pour les peuples de notre Amérique (ALBA). Il renforce ses liens avec les pays de l'Amérique Latine.

70 maquiladoras qui sont des entreprises textiles, se trouvant en zone franche, sont créées. Y sont employées plus de 70000 personnes dont 80% sont des femmes (jeunes, célibataires ou mères de famille). Si pour certains, ces lieux représentent les moteurs du développement économique, les conditions sociales déplorables y ont été sévèrement dénoncées par un rapport de l'ONG Médecin du Monde publié en 2010.

Accords de libre-échange et programmes contre la pauvreté

Un accord de libre-échange a été conclu en 2004 entre les pays de l'Amérique Centrale avec les Etats-Unis. Il risque de conduire à une augmentation des importations de produits y compris alimentaires des Etats-Unis au Nicaragua. Les petits paysans dont la productivité est très faible, en paieront le prix, comme ailleurs. Ces inégalités pourraient encore être renforcées par l'Accord d'Association, de nature similaire, entré en vigueur en 2013 entre l'Union européenne et ces mêmes pays.

Les programmes sociaux sont nombreux et réels: alphabétisation, éducation, gratuité des soins de santé, réduction de la pauvreté et de la faim. Selon certaines critiques, l'utilisation des fonds alloués par le parti sandiniste au pouvoir, est souvent clientéliste et



Photo: David Ansler / flickr.com CC

► Environ 40% de la population du Nicaragua vit en-dessous du seuil de pauvreté national.

non transparente. C'est principalement grâce à l'argent du Venezuela, que l'Etat finance ces programmes. L'aide du Venezuela est très importante et s'est élevée, ces dernières années, à une moyenne de 485 millions de dollars par an.

Le Nicaragua est un pays partenaire privilégié de la coopération luxembourgeoise. Celle-ci met en œuvre un programme de cinq ans muni d'un budget de 35 millions d'euros pour la période 2011-2014. L'Union européenne est le premier partenaire au développement du Nicaragua. Plus de 30 % de l'aide communautaire destinée à l'Amérique centrale bénéficie à ce pays, qui reçoit une aide publique au développement équivalente à 11,5 % de son PIB.

La réforme agraire, commencée en 1981, demeure inachevée, et de nombreux conflits persistent. Le programme de clarification des „titres de propriété“ doit être poursuivi. Pour promouvoir la sécurité alimentaire, des prêts à taux d'intérêt très bas sont octroyés aux petits et moyens producteurs et notamment aux femmes paysannes.

En 2007, le gouvernement a lancé son programme „Hambre Cero“ (Faim Zéro). Ce programme de lutte contre la pauvreté vise, entre autres, à attribuer

des „Bonos Productivos Alimentarios“ à 75.000 familles paysannes (un „pack“ distribué sous forme de dons en nature - vache, cochon, poulets, matériel de construction, plants, graines et intrants). Le bono est généralement attribué aux femmes. Malheureusement sur le terrain, la mise en œuvre laisse à désirer. Pour certains, il s'agirait d'une redistribution superficielle et simplement palliative.

Trente-cinq ans après le sandinisme de l'origine est revu à la baisse. Il est évident que Daniel Ortega a fait des compromis, qu'il a accaparé le pouvoir et l'exerce sur un mode autoritaire. Il a accepté, de façon pragmatique, de réduire ses objectifs, de viser des points considérés comme essentiels et primordiaux : „sortir le pays de la pauvreté“, l'insérer plus activement dans le continent sud-américain en le dégageant de l'orbite des Etats-Unis et en l'ouvrant sur les autres continents. ■

Jean Feyder est membre de l'ASTM et membre de SOS-Faim Luxembourg.

(1) Organisation dont font partie le Venezuela, Cuba, la Bolivie, l'Equateur ainsi que les îles des Caraïbes Saint-Vincent-et-les-Grenadines, Dominique et Antigua-et-Barbuda.
Sources: Entraide et fraternité, mars 2012, Le Monde Diplomatique, juillet 2009, CDATM, décembre 2013.

Philippinen

Neue Freundsuche im Ausland

Auf seiner Europa- und USA-Reise warb der philippinische Präsident Aquino für Investitionen und Frieden. Daheim wächst indes die Kritik an seinem Amtsstil und andauernden Krieg gegen die Linke.

Rainer Werning

Für den philippinischen Präsidenten Benigno S. Aquino III und seine aus mehreren Ministern bestehende Entourage dürfte die Zeit vom 13. bis zum 23. September ein willkommener Kurzurlaub gewesen sein. Wenigstens dann wehten ihnen weder Taifune noch hitzige innenpolitische Debatten ins Gesicht. In elf Tagen absolvierte die Regierungsdelegation aus Manila ein dichtes Reiseprogramm, in dessen Verlauf Spanien, Belgien, Frankreich und am 19. und 20. September auch Deutschland besucht wurden. In Berlin traf Aquino mit Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck zusammen und flog von dort aus weiter in die USA.

Im Vordergrund der Reise standen aus Sicht der philippinischen Gäste drei zentrale Themen: Territorialdispute mit der Volksrepublik China, verstärkte Investitionen und Handelsbeziehungen mit der EU sowie Eigenwerbung in Sachen Frieden. In den vergangenen Monaten eskalierte der Konflikt um Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer, das auf philippinischen Karten mittlerweile als Westphilippinisches Meer verzeichnet ist. Manila sähe gern die EU fest an seiner Seite, wie es denn ebenso erhöhte europäische Investitionen in dem Inselstaat antizipiert. Mit Blick auf den Ende März unterzeichneten Friedensvertrag mit der Moro Islamischen Befreiungsfront hatte Aquino noch kurz vor seiner Abreise im Präsidentenpalast Malacañang erklärt: „Wir bekamen die seltene Chance, nicht nur uns, sondern der gesamten Welt gegenüber zu zeigen, dass wir etwas erreichen können, was lange für unmöglich gehalten wurde.“ In Europa möchte er sich gern als Friedensapostel gerieren,



Photo: PCOO EDP

► Bei seiner Europareise traf der philippinische Präsident Benigno S. Aquino III unter anderen mit Frankreichs Präsident François Hollande zusammen.

wenngleich es längst nicht ausgemacht ist, ob eine Friedensarchitektur in den Südphilippinen bis Sommer 2016 geschaffen und von Dauer ist. Dann endet Aquinos Amtszeit, die er zum Verdruss seiner innenpolitischen Gegner gern verlängert sähe.

Derweil mehren sich im Lande auch die Stimmen, die von Aquino endlich die Wiederaufnahme von Gesprächen mit dem Linksbündnis der Nationalen Demokratischen Front (NDFP) fordern. Dieser gehören u.a. die Kommunistische Partei (CPP) und deren Guerillaorganisation, die Neue Volksarmee (NPA), an. Bereits

Mitte Juli formierte sich in Quezon City eine landesweit verankerte, von zahlreichen säkularen und kirchlichen Organisationen getragene Bewegung unter dem Namen Kapayapaan (Frieden). Über 50 namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens richteten als Initiatoren dieser Bewegung drei Hauptforderungen an die Regierung und NDFP: „Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen! Anerkennung aller getroffenen Vereinbarungen! Lenkt das Augenmerk auf die Wurzeln des bewaffneten Konflikts!“ Womit die krassen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten

Philippinen

sowie aus Großgrundbesitz resultierende Konflikte gemeint sind.

Nach dem Sturz der Marcos-Diktatur im Februar 1986 war es unter Corazon C. Aquino, der Mutter des jetzigen Präsidenten, zur ersten Runde von Friedensverhandlungen zwischen Manila und der NDFP-Führung gekommen. Bis 1998 konnten immerhin zwei bedeutende Vereinbarungen, das Gemeinsame Abkommen über Sicherheits- und Immunitätsgarantien sowie das Umfassende Abkommen zur Wahrung der Menschenrechte und des Internationalen Humanitären Rechts, ausgehandelt werden. Aus den Fugen gerieten die Verhandlungen, nachdem die USA und die EU die CPP und NPA sowie José Maria Sison, den Gründungsvorsitzenden der CPP und heutigen politischen Chefberater der NDFP, als „terroristisch“ brandmarkten. Sehr zum Verdruss der norwegischen Regierung, die zwischenzeitlich als Mediator gewirkt hatte.

Im August 2005 wurden die Verhandlungen zwischen Manila und der NDFP offiziell suspendiert. Mit der Konsequenz, dass die Regierung ihre „Aufstandsbekämpfung“ verschärfte und mittels des Oplan Bantay Laya (Operationsplans Friedenswacht) bzw. Oplan Bayanihan (Operationsplans Nachbarschaftshilfe) die CPP/NPA „ausmerzen“ wollte. Anfang 2011 wurde der Gesprächsfaden unter der Schirmherrschaft des norwegischen Außenministeriums in Oslo kurzzeitig wieder geknüpft. Doch anstatt sich, wie vereinbart, über sozioökonomische sowie politische und verfassungsmäßige Reformen zu verständigen, herrschte bald erneut Stillstand. Die Regierungseite zog die Ernsthaftigkeit der NDFP-Verhandlungsführer generell in Zweifel. Und diese beschuldigen die Regierung, gleich dreifach frühere Abmachungen zu missachten: Landesweit sitzen annähernd 500 politische Gefangene hinter Gittern, Immunitätsgarantien für 15 ihrer Berater würden nicht respektiert und Oplan Bayanihan werde vielerorts ausgeweitet. ■

Ein Hauch von Stammheim

Mehrere Berater des philippinischen Linksbündnisses der Nationalen Demokratischen Front sitzen in einem Hochsicherheitstrakt hinter Gittern. Wie lässt sich da über Frieden verhandeln, den die Regierung bis 2016 besiegeln will?

Camp Bagong Diwa, im südöstlichen Teil der philippinischen Metropole Manila gelegen, ist ein ausladender Gefängnis-komplex inklusive diverser Einrichtungen zur Rehabilitation von Drogenabhängigen. Unweit des Haupttores liegt ein unscheinbares vierstöckiges Gebäude, das landesweit zum bestbewachten und -gesicherten auf den Inseln zählt. Wer hier einsitzt, hat schlechte Karten, diesen vermaledeten Ort jemals wieder als freier Mensch zu verlassen.

Über dem mit einer Stahltür gesicherten Eingang des Gebäudes prangt der Schriftzug „Special Intensive Care Area“ (SICA). Was da Assoziationen mit einer Intensivstation zur Pflege von Patienten weckt, ist so etwas wie eine philippinische Variante von Stuttgart-Stammheim. Jene Vollzugsanstalt, die in den 1970er Jahre auch weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus bekannt wurde, weil in deren eigens errichtetem Hochsicherheitstrakt führende Mitglieder der Rote Armee Fraktion (RAF) weggesperrt waren. SICA ist eine mit 460 Gefangenen prall gefüllte Anstalt, in der nach Lesart der staatlichen Sicherheitsbehörden der harte Kern von Kriminellen – „muslimische Terroristen“, „Separatisten“ und „Kommunisten“ – hohe Haftstrafen verbüßt.

Neusprech und „Fürsorge“

Mit Kommunisten sind (mutmaßliche) Mitglieder oder Sympathisanten der Kommunistischen Partei (CPP), ihrer Guerillaorganisation Neue Volksarmee (NPA) und deren politische Dachorganisation Nationale Demokratische



Photo: verafilles.org

► Im Camp Bagong Diwa sitzen unter anderen 28 politische Gefangene ein.

Front der Philippinen (NDFP) gemeint. Seit Ende der 1960er Jahre führen diese einen bewaffneten, „antiimperialistischen und antifeudalistischen Kampf“ gegen die Regierung in Manila. Diese will dennoch mit der NDFP bis Juni 2016 eine endgültige Friedensregelung finden.

Rosafarbene Wände, weiss gestrichene Gitter

Über eine Stunde müssen wir, meine beiden Begleiter und langjährigen Freunde Medy und Pido und ich, warten, bis wir an der Reihe sind und hereingelassen werden. Routiniert und mit verschmitztem Lächeln nimmt einer der Gefängniswärter eine erste Personenkontrolle vor. Erstmals in meinem Leben stehe ich Modell für die Erhebung biometrischer Daten: schön in die Kamera schauen, Fotos

des Gesichts und der Iris, Profildaten, Finger- und Daumenabdrücke und zig personenbezogene Daten. Sodann erfolgt eine weitere Körperkontrolle. Bis auf einen kleinen Schreibblock und Bleistift muss alles in einem Holzfach deponiert werden.

Im Innenhof grüßen uns Wächter, einige grimmig mit Gewehr im Anschlag, andere verhalten lächelnd. Eine Wendeltreppe führt zum vierten Stock, in dem unter anderen 28 politische Gefangene einsitzen. Im Erdgeschoss und im zweiten Stock sind etwa 260 Muslime untergebracht – meistens vermeintliche Abu Sayyaf-Mitglieder und Exkombattanten der Moro Nationalen Befreiungsfront und Moro Islamischen Befreiungsfront. Strahlend kommt uns auf halbem Wege Alan Jazmines entgegen, dem es die Wächter gestattet, uns außerhalb seiner Zelle zu empfangen.

Alan, Jahrgang 1947, groß, hager, mit vollem, silbergrauem Haar ist der Älteste unter den „poldet“ (Kurzform von „political detainees“), den politischen Gefangenen. Unter ihnen genießt er die höchste Autorität und dient ihnen in Personalunion als väterlicher Berater und fürsorglicher Beistand. Seine Stimme ist sanft, aber bestimmt. Eigentlich passte er besser ins diplomatische Korps als in eine Zelle, die gerade mal fünf mal drei Meter misst. Sechs Personen müssen sich eine Zelle teilen. An die Wände gerückt sind drei Doppeldeckerpritschen mit jeweils kleinen selbstgefertigten Ablagen.

Kohäftling Eddie Cruz, Anfang Dreißig und ein Dumagat (Indigener) aus der nahe gelegenen Provinz Rizal, arbeitete als städtischer Touristenführer, als ihn Soldaten der Armee als Mitglied der NPA verdächtigten und einfach festnahmen. „Das Essen hier“, sagt Eddie, „ist lausig, der Reis oft ungenießbar. Wir finden darin manchmal Steinchen und Ungeziefer. Fisch und frisches Gemüse gibt es selten. Wenn wir mal Huhn oder anderes Fleisch bekommen, muss man es mit einem Sieb aus einer Wasserbrühe herausfischen.“ So betätigt sich Eddie

gern als Koch, der das Beste gibt, um Essensrationen nachzubereiten oder mit Mitbringseln von Besuchern anzureichern.

„Das ist halt sein Teil der Überlebensstrategie“, scherzt Alan: „Es gibt bestimmte Grundregeln, die du schnell lernen solltest, um dir das Leben im Knast zu erleichtern. Erstens: Sieh' zu, dass du mit den Gefängniswärtern gut klarkommst. Zweitens: Finde irgend etwas, womit du dich regelmäßig beschäftigst – meinetwegen Lesen von Büchern und Zeitschriften, Schnitzereien oder das Anfertigen kleiner Taschen, Portemonnais oder Amuletten. Denn Langeweile ist der allergrößte Feind eines jeden politischen Gefangenen. Und Drittens: Bewegung, Bewegung.“ Doch auch dafür ist nur unzureichend gesorgt. „Wir können“, sagt Alan, „nur auf dem Dach unsere Runden drehen. Rundgänge im Hof gibt es nicht.“

„Sie verdienen noch an uns“

Das Tagesbudget für einen Häftling beträgt offiziell 50 Peso (umgerechnet ca. 80 Cents). „Doch tatsächlich“, sagt Alan, „werden nur knapp 12 Peso pro Gefangenen ausgegeben. Die Gefängnis-

leitung verdient täglich an uns mindestens 17.500 Peso im Durchschnitt – 460 Insassen mal die Differenz von 38 Peso.“ Darin eingerechnet sind nicht all die diversen Schmiergelder, die die Gefängnisleitung und Wärter für „besondere Dienste“ kassieren. „Als einmal die Wasserpumpe kaputtging, hatte die Gefängnisleitung die Chuzpe, von uns Gefangenen 35.000 Peso (umgerechnet etwa 570 Euro) für deren Reparatur einzusammeln. Natürlich haben wir uns geweigert, dafür auch nur einen Centavo zu berappen“, erzählt Emeterio Antalan. Auch er ist wie Alan und seine beiden anderen hier einsitzenden Kollegen, Leopoldo Caloza (57) und Tirso Alcantara (61), Berater der NDFP-Delegation bei den Friedensverhandlungen.

Leben im Untergrund

In jungen Jahren, erzählt Alan, war er beseelt von der Idee, am Aufbau einer landeseigenen Industrie mitzuwirken. Früh engagiert er sich in der linken Jugendbewegung, als der damalige Präsident Ferdinand E. Marcos mithilfe, das Land zum bedeutsamen Brückenkopf der US-amerikanischen Kriegführung gegen Vietnam, Kambodscha und Laos



Photo: arkbongbayan.org

► Alan Jazmines (Mitte, mit Brille) vor seiner Verlegung nach Camp Bagong Diwa im Jahr 2012.

auszubauen. Er absolviert ein Ingenieurstudium, ist zeitweilig Dozent am angesehenen Asian Institute of Management und im Management eines Stahlwerkes tätig. Seine Gesinnung und die zahlreicher seiner damaligen Freunde passt nicht ins stramm antikommunistische Weltbild des Marcos-Regimes. Als dieses von 1972 bis zu dessen Sturz im Februar 1986 mittels Kriegsrecht und diktatorischen Vollmachten herrscht, taucht er ab in den politischen Untergrund. Eine Selbstschutzmaßnahme, wie er betont. Zig Weggefährten von einst wurden Opfer des Staatsterrors.

Alan hatte in all den Jahren Glück. Er überlebte, wenngleich er die Jahre von 1974 bis 1976 und von 1982 bis 1986 hinter Gittern verbrachte. Damals galt er als „subversiv“, heute als „Staatsfeind“ und eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“. Seit vielen Jahren in Friedensverhandlungen mit der Regierung involviert, war es für ihn und die NDFP-Führung ein Erfolg, dass ausgerechnet unter der Präsidentschaft von Exgeneral Fidel V. Ramos (1992-98) am 24. Februar 1995 das Gemeinsame Abkommen über Sicherheits- und Immunitätsgarantien (JASIG) unterzeichnet werden konnte. Dieses sichert auch den von der NDFP akkreditierten Unterhändlern und Beratern das Recht zu, sich in Ausübung ihrer Beraterfunktion jederzeit inner- wie außerhalb des Landes frei bewegen und reisen zu können. Das war ein wichtiger Punkt im Rahmen im Friedensprozess.

„Wir sind Geiseln im Friedensprozess“

Natürlich wurde auch Alan Jazmines aufgrund seines jahrelangen Engagements und seiner Expertise im Bereich Sozialpolitik ein akkreditierter JASIG-geschützter Berater der NDFP. Für die Aquino-Regierung ein Ärgernis, weil sie wie deren Vorgängerin unter Gloria Macapagal-Arroyo (2001-10) in Alan ein ZK-Mitglied der CPP sieht. So waren alle Mittel recht, um ihn „aus dem Verkehr zu ziehen“. Wenige Stunden vor Beginn

jahrelang ausgesetzter, erst wieder am 14. Februar 2011 aufgenommener Friedensverhandlungen, die unter der Schirmherrschaft des norwegischen Außenministeriums in Oslo stattfinden, wird Alan das dritte Mal gefangengenommen und ins Camp Crame, das Hauptquartier der Nationalpolizei, verfrachtet. Die NDFP-Führung und

„Wenn du einmal das Gefängnis als freier Mann verlässt und zu Hause ankommst, kann es gut sein, dass du dort erneut mit einer fabrizierten Anklage konfrontiert wirst.“

seine Anwälte legen sofort Protest ein und verwiesen auf seinen Beraterstatus - ohne Erfolg. Erst Tage nach seiner Festnahme wird ein Haftbefehl ausgestellt. Hauptanklagepunkt: „Mehrfacher Mord“ und „Rebellion“. Ein durchgängiges Muster, um fortschrittliche und linke Kräfte im Lande „auszuschalten“. Im Nachhinein wurden und werden ihnen kriminelle Taten zur Last gelegt – Mord, versuchter Mord, unerlaubter Besitz von Schusswaffen und Munition sowie Raubüberfälle. Allesamt Delikte, die keine Kautionsvorsehen.

Alltägliches – allzu Alltägliches

Gibt es Schikanen? Ja, sagt Alan: „Immer wieder werden wichtige Papiere und Dokumente nicht weitergeleitet. Die Kommunikation wird erschwert, mitunter auch eine Zeitlang gänzlich gekappt.“ Ab und zu veröffentlichen die Zeitungen Texte von ihm, in denen er sich über die Situation im Knast oder über politische Themen äußert. Ein Beitrag aus seiner Feder, in dem er „Staatsgeheimnisse“ lüftete missfiel der Gefängnisleitung und dem Militär so sehr, dass er dafür büßen musste.

Über Nacht und ohne Angabe von Gründen wurde Alan am 29. Juni 2012 von seiner Zelle in Camp Crame, dem Hauptquartier der Nationalpolizei, ins

SICA verlegt. Wochen zuvor hatte er für Aufsehen in den Medien gesorgt, als er einen Offenen Brief an das Justizministerium, die staatliche Menschenrechtskommission und an Karapatan schickte. In dem Schreiben wies er darauf hin, dass das amerikanische FBI innerhalb von Camp Crame sowie in einer nahebei gelegenen Wohnung eigene Büros

unterhalte. In ihnen würden mindestens drei Personen aus Malaysia und Indonesien unter gefälschten philippinischen Namen gefangengehalten, die zuvor im Ausland entführt worden seien.

„Mir geht's dennoch vergleichsweise gut“, lächelt Alan, „ich habe eine Familie, zwei Söhne und zahlreiche Freunde. Im Gegensatz zu anderen „poldet“, die nie von Angehörigen besucht werden, und solchen, deren letzte Anhörung neun Jahre zurückliegt oder die noch immer einsitzen, obwohl sie auf Anweisung eines Richters längst hätten entlassen werden müssen. Die hat man einfach ‚vergessen‘. Und wenn du einmal das Gefängnis als freier Mann verlässt und zu Hause ankommst, kann es gut sein, dass du dort erneut mit einer fabrizierten Anklage konfrontiert wirst. Kein Wunder, dass unser Land weltweit eines der langsamst arbeitenden und verrottesten Justizsysteme hat.“ ■

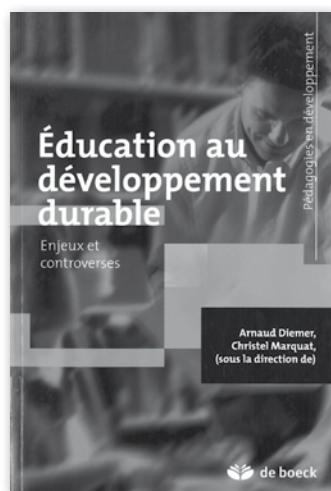
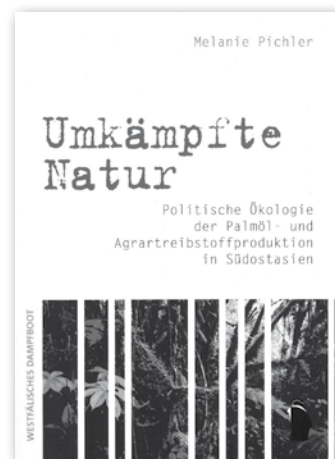
Dr. Rainer Werning ist u.a. Koherausgeber des mittlerweile in 4. Auflage vorliegenden Handbuch Philippinen (Berlin: Horlemann) und Lehrbeauftragter am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Er war zur Jahreswende 2013/14 der erste europäische Besucher bei den „poldet“ im Camp Bagong Diwa.

Melanie Pichler :

Umkämpfte Natur - Politische Ökologie der Palmöl- und Agrarstoffproduktion

Die Expansion der Palmölproduktion in Südostasien ist mit Konflikten um Land und die Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen verbunden. Der internationale Agrartreibstoffboom trägt zu dieser Expansion bei und verschärft die Konflikte. Aus politökologischer und staatstheoretischer Perspektive diskutiert Umkämpfte Natur Strategien zur Aneignung und Kontrolle von Natur und die damit verbundenen Ausschlussmechanismen und sozialen Kämpfe.

Westfälisches Dampfboot, 2014 : 248 Seiten



Arnaud Diemer et Christel Marquat : Education au développement durable

Cet ouvrage part du principe que l'éducation au développement durable (EDD) est en train de modifier notre rapport aux savoirs et nos pratiques pédagogiques. D'une certaine manière, l'éducation au développement durable propose une formation complète préparant chacun à devenir un éco-citoyen. Elle repose sur un socle commun de connaissances (allant des sciences sociales aux sciences de la nature), fournit aux apprenants une grille de lecture permettant de décrypter les enjeux de société (réchauffement climatique, préservation de la biodiversité, commerce équitable, alimentation durable) et constitue une philosophie de la vie susceptible d'amener chacun à faire des choix raisonnés.

de boeck, 2014 : 495 pages

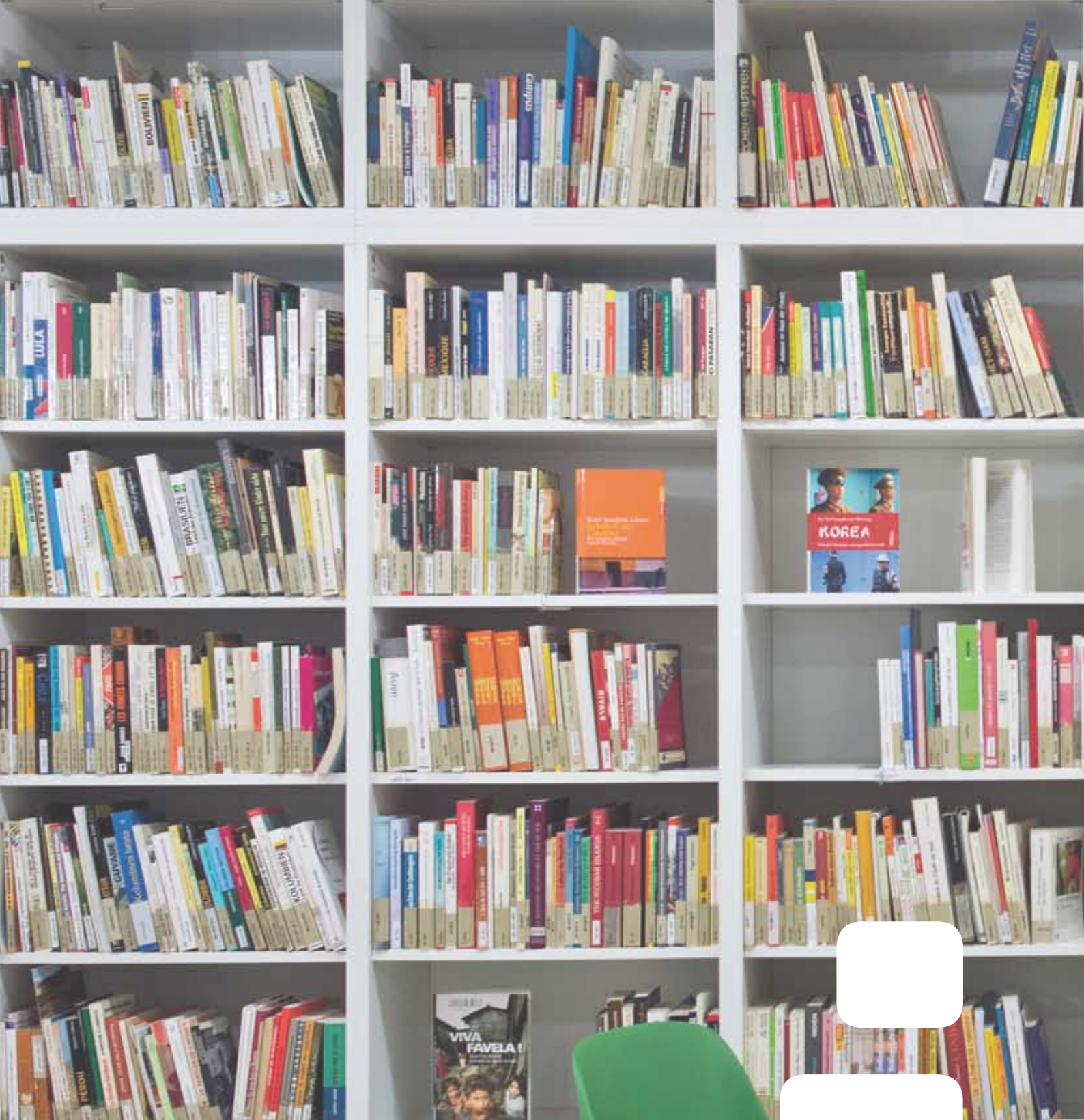
Aurélie Cardona et al. :

Dynamiques des agricultures biologiques

Ancré dans différentes disciplines des sciences sociales (anthropologie, sociologie, géographie, sciences de l'éducation), cet ouvrage analyse les nombreuses formes d'agricultures alternatives au modèle agricole dit conventionnel. Organisé en trois parties (les dynamiques de construction des courants et organisations, les trajectoires d'agriculteurs et les relations tissées avec les non agriculteurs), il étudie les facteurs d'influence qui expliquent les pratiques observées, et interroge non seulement la relation complexe qu'entretiennent ces alternatives avec „leurs“ configurations, mais aussi les dimensions méthodologiques propres aux approches disciplinaires.

Editions Quae, 2014 : 260 pages





Le Centre d'Information Tiers Monde (CITIM) est une bibliothèque de prêt qui propose, depuis 1982, une documentation spécialisée sur la coopération internationale et le développement durable. Au CITIM vous trouvez des ouvrages thématiques et scientifiques, de la littérature, des livres pour enfants et adolescents, des journaux spécialisés, du matériel et des coffres pédagogiques. L'emprunt du matériel est gratuit.

55, avenue de la Liberté - Luxembourg-Gare

tél.: 400 427-31 / citim@astm.lu / www.citim.lu

Heures d'ouverture: ma: 14h-18h, me-ve: 11h-18h, sa: 11h-13h

Le CITIM est un service de l'Action Solidarité Tiers Monde

citim

CENTRE D'INFORMATION TIERS MONDE



EXPOSITION

Abbaye de Neumünster

2 décembre 2014 - 25 janvier 2015



AFRICAN MIGRANT WORKERS IN CALABRIA

bitter-oranges.com